

# Arbeiter-Zeitung

Preis: In Deutschland mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, Besondere Preis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,50 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Ausländischer Preis: Die abendhaltende Wochenschrift oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Weltausstellungen: Die abendhaltende Wochenschrift oder deren Raum im Zeitungspreis. Schluß der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 6 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzstr. 50, Tel. 540 89.  
Korrespondenzen: Breslau 544, Rebellstr. 10, Kreuzstr. 50, Tel. 259 02. Sprechst. der Redaktion von 12-12, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen: Glatz, Brechtstr. 20, Tel. 4088; Oppeln, Waldstr. 11, Tel. 1344; Grottkau, Grottkauerstr. 2384. Geschäftsst. von 8-10 Uhr. Geschäftsst. am Hauptbelegort Breslau, — Verlags-Gesellschaft, Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Reich“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzstr. 50.

## Internationale Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Antikriegstag

# Polnisches Militär alarmbereit!

## Massenverhaftungen von Kommunisten in Frankreich

Nicht nur in Deutschland rüsten Seering und Griebel zur blutigen Niederschlagung der Demonstrationen der revolutionären Arbeiterschaft am 1. August, sondern in allen Ländern werden fieberhafte Vorbereitungen von Regierungen, Seite getroffen, um die Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg aufs schärfste zu unterdrücken resp. unmöglich zu machen. Wir berichteten bereits über diesbezügliche Massenverhaftungen vornehmlich in Frankreich und in der Tschechoslowakei. (In der Tschechoslowakei ist die gesamte kommunistische Presse verboten.) Jetzt kommt aus Warschau die Meldung, daß Pilsudski aus Angst vor den Massendemonstrationen Befehle erlassen hat, das Militär am 1. August in höchster Alarmbereitschaft zu halten und neben dem Militär seine Faschistenbanden zur Provokation und Niederschlagung der Arbeiterschaft mobilisiert. Wir sind überzeugt, daß die polnische Arbeiterschaft, die trotz des blutigen Regimes Pilsudskis schon vielfach Demonstrationen und Kämpfe durchführte, auch am 1. August in gewaltigen Demonstrationen und sicher auch durch Streiks ihren Kampfwillen gegen die imperialistischen Kriegshetzer und ihre Rechte a la Pilsudski zum Ausdruck bringen wird. Der heute

von uns auszugeweihte veröffentlichte Aufruf der Bezirksleitung Oberschlesien und der kommunistischen Partei Polens zeigt, daß die polnischen Arbeiter am 1. August ihre revolutionäre Pflicht erfüllen werden.

## Poincaré: Feldzug gegen den 1. August

### Täglich Verhaftungen und Hausdurchsuchungen

Paris, 24. Juli. Am Dienstag wurden in Paris mehrere führende Persönlichkeiten des Zentralausschusses der kommunistischen Partei festgenommen. Unter ihnen befinden sich der Generalsekretär des kommunistischen Eisenbahngewerkschafts Vidal, das Mitglied des Zentralausschusses der kommunistischen Partei und der Zeitung der kommunistischen Gewerkschaft, Gourbeaux, der Sekretär der Pariser Gruppe der kommunistischen Partei und Mitglied der Gewerkschaft, Maziares, und ein weiteres Mitglied des Zentralausschusses, Mathieu. Außerdem wurden am Sitz des Regionalverbandes und des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes Hausdurchsuchungen vorgenommen und zwei Lastwagen mit beschlagnahmten Schriftstücken dem Gericht zugeführt.

## 5000 Textilarbeiter sollen auf der Straße bleiben

### Neuer Verrat der Gewerkschaftsbürokraten Heute Konferenz in Breslau

Die schlesische SPD-Presse meldet: „Bei der Wiederaufnahme der Arbeit im schlesischen Textilgebiet haben sich an einzelnen Orten verschiedene Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergeben. Die Streitigkeiten sind zurzeit Gegenstand von Verhandlungen. Die Organisationen nehmen am Donnerstag in Breslau in einer großen Konferenz zu den noch strittigen Fragen Stellung. Von den Beschlüssen dieser Konferenz hängt das weitere Vorgehen der Gewerkschaften in ihren Bemühungen zur Beilegung der Differenzen ab.“

Über die Köpfe der Belegschaften hinweg werden die Gewerkschaftsbürokraten mit den Unternehmern in Breslau wieder verhandelt. Gestützt auf die bewährte und gewollte Treuepflicht des Schiedsrichters trumpsfen die Unternehmer auf. Das Organ der Textilbarone, die „Schlesische Zeitung“, spricht eine sehr deutliche offene Sprache. Sie schreibt in ihrer heutigen Nummer: „Daß auch der Schiedspruch in seiner Wirtschaftseindlichkeit nicht soweit geht, den Arbeitgeber zur Einstellung aller früher beschäftigten Arbeiter ohne Rücksicht auf vorhandene Beschäftigungsmöglichkeit zu zwingen, daß er vielmehr nur den tatsächlich wieder eingestellten Arbeitern ihre während früherer Betriebszugehörigkeit erworbenen Rechte wahr, als wäre das Arbeitsverhältnis nicht unterbrochen, wissen die Gewerkschaften genau. Sie wissen auch, oder müßten es jedenfalls wissen, daß nach der durch Urteile des Reichsarbeitsgerichts geklärten Rechtslage der einzelne Arbeitgeber überhaupt nicht zur Wiedereinstellung bei Streik oder Aussperrung in rechtmäßiger Form entlassener Arbeiter durch Vereinbarungen der Organisationen oder durch einen solche Vereinbarungen erzielenden Schiedspruch verpflichtet werden kann. Das alles ist den Arbeitern aber offenbar verschwiegen worden. Die hieraus bei der betroffenen Arbeiterschaft aufkommende Verbitterung ist daher nur zu begreiflich. Sie abzulenkten, wird gegen den Arbeitgeber gehegt und geschimpft.“

Die Arbeitgeber sehen etwaigen Klagen wegen der angeblichen Verletzung der Wiedereinstellungspflicht in Ruhe entgegen. Die Arbeiter würden auf Grund der dann ergehenden gerichtlichen Urteile noch deutlicher erkennen, wohin sie geführt sind und werden. Soweit bisher bekannt geworden ist, bleiben von den bis zur Aussperrung beschäftigten Arbeitern über 5000 auf der Straße, ohne daß für sie vorläufig eine Aussicht auf Wiedereinstellung besteht.“

Obendrein konnte ein Teil der wiedereingestellten Arbeiterschaft auch nur beschränkt eingestellt werden, um die durch die Aussperrung liegenden geliebten Aufträge auszuführen, und muß damit rechnen, nach der Erledigung dieser Aufträge ebenfalls arbeitslos zu sein.“

## Sozialdemokratische Entlastungsoffensive für Tschangtaischet

Der „Vorwärts“ bringt auf der ersten Seite in großer Aufmachung unter einer dreispaltigen Schlagzeile: „Schamlose Kriegslügen“, „Sowjetrussische Greuelpropaganda in Deutschland“, „Schlimmer als 1914“, eine angebliche Bildfälschung der „Roten Fahne“ und des kommunistischen Bilderdienstes. Er bringt eine Photographie des in der „Roten Fahne“ am 21. Juli erschienenen Bildes „Ermordet und geschändet“ und zeigt, daß dieses Bild im Jahre 1901 schon von Josef Kürschner in einem Buche über China veröffentlicht worden sei und eine Szene aus dem Boxerfeldzug darstelle.

Die „Rote Fahne“ brandmarkt die Heze des „Vorwärts“ und erklärt unter der Überschrift „Wer bezahlt den „Vorwärts“?“ folgendes:

Die „Rote Fahne“ ist tatsächlich einer Mystifikation zum Opfer gefallen. Es konnte nicht den mindesten Grund dafür geben, an der Echtheit dieses Bildes und seiner Unterschrift zu zweifeln, nachdem die Tatsache, daß unter Tschangtaischet'schen Herrscherregime Hunderttausende chinesischer Arbeiter, Bauern und Studenten niedergemetzelt wurden, seit Jahr und Tag bekannt ist und niemals, auch nicht von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse geleugnet wurde.

Das Ergebnis unserer sofort eingeleiteten Untersuchung hat bereits zu der Feststellung geführt, daß der Betrag an dem Bilderdienst und mit ihm an der „Roten Fahne“ durch einen bürgerlichen Agenten der Atlantik-Photo-Agentur begangen wurde. Dieser hat, als der verantwortliche Reakteur des Bilderdienstes nachdrücklich fragte, ob es sich um eine neue oder ältere Aufnahme handelt, immer wieder betont, das Bild komme aus der allerletzten Zeit.

Die „Rote Fahne“ bringt einige Feststellungen über frühere Berichte des „Vorwärts“ über das Wüten Tschangtaischet's.

Mit großem Behagen meldet am 17. Dezember 1927 der „Vorwärts“:

„Kommunistenrazzia in Südjina.“ — „Kanton die Stadt des Todes.“

Kanton, 16. Dezember (Reuter).

„Stadt des Todes!“ ist der treffende Ausdruck für Kanton nach der Niederwerfung des Aufstandes der Bauern und Arbeiter. Photographien zeigen mit Leichen von Kommunisten beladene Karren, die die Toten nach dem Begräbnisplatz fahren. Auf den Bürgersteigen liegen lange Reihen, die mit graufiger Klarheit beweisen, mit welchem Mordgefühl gegen die Kommunisten vorgegangen wurde!...

Kanton, 17. Dezember (Reuter).

Die (britische) Polizei hat bereits 300 Verdächtige, darunter 25 bekannte Kommunisten, verhaftet, um sie wieder nach Kanton abzuführen. Damit werden diese Flüchtlinge ihren Helfern ausgeliefert werden.

Bereits am 19. Dezember berichtet der „Vorwärts“:

„Das Gemetzel in Kanton.“

Songkong, 19. Dezember.

„Der russische Generalkonsul und sein Personal befinden sich noch im Gefängnis. Ueber tausend Häuser wurden zerstört, andere in Brand gesetzt. 3000 Menschen sind getötet oder verletzt, 700 Personen wurden beerdigt...“

Diese Greuelnachricht ergänzt der „Vorwärts“ am 21. Dezember mit folgender Meldung:

„Blut- und Trümmerrillanz.“

London, 20. Dezember (Eigenbericht).

„Eine chinesische Wohltätigkeitsorganisation in Songkong teilt jetzt mit, daß in Kanton nicht weniger als 2000 Häuser zerstört worden seien und sich die Gesamtzahl der Opfer auf 3000 Menschen beläuft. Nach einer Meldung aus Kanton hat man am Sonntag 15 Kommunisten, darunter 5 junge Mädchen, hingerichtet.“

Und unter dem mehr als bezeichnenden Titel

„Die Kantonier Massenschlächterer“

schreibt der „Vorwärts“ in der Abendausgabe vom 23. Dezember:

„Die Sowjet-Depeschenagentur „Tas“ meldet, daß in Kanton 350 Arbeiter, die in einem Theater gefangen gehalten wurden, sämtlich zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind.“

Das System dieses Tschangtaischet's, über dessen Terror gegenüber den chinesischen Arbeitern selbst der „Vorwärts“ soviel zu berichten mußte, wird heute von den sozialfaschistischen Lakaien begeistert verteidigt. Warum? Weil es sich gegen die Sowjetunion richtet. Damit richtet sich die niederträchtige Lügen- und Hehlkampagne des „Vorwärts“ und der übrigen sozialdemokratischen Presse selbst.

## Vom Tage

Der englische Ministerrat billigte gestern grundsätzlich den Reparationsplan.

Im Weißen Hause proklamierte Präsident Hoover in „feierlicher Sitzung“ und in Anwesenheit des Gesamtkabinetts und der diplomatischen Vertreter die Intraffsetzung des Kellogg-Pakt's.

Im französischen Senat begann am Mittwoch die Aussprache über die Schuldenabkommen Frankreichs gegenüber Amerika und England, an der sich u. a. Millerand und Jouvenel beteiligten, wobei sie gegen Deutschland scharfe Angriffe richteten und sich gegen eine Rheinlandräumung aussprachen.

Der Pariser englische Vorkonsul hatte am Mittwoch mit Briand eine Unterredung über den Tagungsort der politischen Konferenz.

## SPD. ermöglicht Rückkehr Wilhelms II.

### Neues Schandgesetz ohne Kaiserparagrafen

Der „Deure“ (Paris) veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Vertreters mit Innenminister Severing über die Frage der Rückkehr Wilhelms II. Das neue Republikschandgesetz, so habe Severing u. a. erklärt, sei von den Sachverständigen seines Ministeriums schon fertiggestellt worden. Es habe die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden und würde auch vom Reichstag angenommen werden. Allerdings habe man in dem neuen Gesetz auf gewisse Artikel, besonders auf den Kaiserparagrafen, verzichten müssen. Befehllich stehe der Rückkehr Wilhelms II. nichts im Wege.

# Genosse Heud aus der Unternehmungshaft entlassen

Inser Bruderblatt, die „Damburger Volkszeitung“, berichtet: Der gäbe Kampf, den wir um die Freilassung des seit viereinhalb Monaten zu Unrecht in Unternehmungshaft gehaltenen Genossen Heud geführt haben, brachte gestern, Dienstag, endlich seine Freilassung. Durch die Protektion der Arbeiterkassen und den Beschluß des Landtages sah sich die Staatsanwaltschaft gezwungen, einen neuen Haftentlassungstermin abzuhalten. In diesem Haftentlassungstermin brachen die Argumente, die die Staatsanwaltschaft gegen Genossen Heud vordrängte, schnell zusammen. Genossen Heud und seinem Verteidiger, Genossen Hegewisch, war es ein Leichtes, die Ausführungen der Staatsanwaltschaft zu widerlegen. Bei diesen Verhandlungen zeigte sich schon die ganze Ungeheuerlichkeit der Anklage gegen unsere Genossen, und die

einseitige Stellungnahme der Justiz gegen die Kommunisten. Wegen der Zusammenhänge in Wehrden, die von den Faschisten benutzt herbeigeführt wurden, sind schließlich die sich verteidigenden Arbeiter verhaftet.

Genosse Heud ist dem revolutionären schlesischen Proletariat als maderer Kämpfer bekannt. Nachdem er in schlesischen Zucht- häusern vier Jahre verbracht hatte, widmete er sich nach seiner Entlassung im Sommer vorigen Jahres mit Feuerkraft dem Kampf für die Befreiung des Proletariats. In Duzenden von Versammlungen hat Genosse Heud im vorigen Jahr in unserem Bezirk gesprochen. Dann ging er nach Schleswig-Holstein, wo er nach kurzer Zeit eingekerkert wurde.

Wir begrüßen den entlassenen Genossen Heud im Namen des revolutionären schlesischen Proletariats. Seine Freilassung muß für alle Genossen ein Ansporn sein, im Kampf gegen Reaktion und Klassenjustiz mit verdoppelter Anstrengung zu kämpfen, um alle proletarischen politischen Gefangenen zu befreien.

## Sehe zum Verbot der Arbeiterwehren

In den letzten Wochen sind in einer ganzen Anzahl von Städten „Arbeiterwehren zum Kampf gegen den Faschismus“ seitens der revolutionären Arbeiterkassen ins Leben gerufen worden. Es war klar, daß die sozialdemokratische und bürgerliche Presse sofort eine Deklamation durchführte, diese Arbeiterwehren als ehemalige NSD- demagogen würden, um ein Verbot zu erwirken. Im Rahmen dieser Sehe hat jetzt die deutsche nationale Landtagsfraktion Sachsen eine Anfrage an die sächsische Regierung gerichtet, in der sie eine Anzahl von Fragen über „Rotten Terror“ aufstellt und das Verbot der „Sächsischen Arbeiterwehren“ verlangt.

Eine vor einigen Tagen abgehaltene Konferenz der sächsischen Polizeipräsidenten hat sich auch bereits mit den Arbeiterwehren befaßt, und jetzt wird amtlicherseits eine Erklärung herausgegeben, nach der „kein Anhalt dafür gegeben ist, daß die vor einiger Zeit gegründeten sächsischen Arbeiterwehren verfassungswidrige Ziele verfolgen. Man sehe deshalb keinen Anlaß, diese Organisationen zu verbieten.“ (!)

Dazu ist zu sagen, daß diese Erklärung sächsischer Regierungsstellen nur eine Beruhigungspille ist. Seinerzeit und die sozialfaschistischen Führer werden über kurz oder lang schon den Dreh finden, womit sie glauben, den Arbeiterwehren gegen Faschismus und imperialistischen Krieg den Garaus machen zu können. Sie werden sich auch in dieser Frage wieder als die besten Wegbereiter des Faschismus kennzeichnen. Nur indem sich alle Klassenbewußten Arbeiter in großen Massen um diese Arbeiterwehren scharen, kann den neuen Verbotsgeheulen der sozialfaschistischen Führer und ihrer nationalistischen Freunde ein Damm entgegengesetzt werden.

## Belegschaften beschließen einstimmige Arbeitsruhe am 1. August!

Die Bauarbeiter der Firma Klein u. Brendel in Remscheid nahmen am 22. Juli in einer äußerst gut besuchten Versammlung eine Resolution an, in der sie einstimmig beschließen, daß die Belegschaft eine Stunde vor Betriebsbeginn am 1. August die Arbeit niederlegt. Eine ähnliche Entscheidung nahmen die Belegschaften der Schlägerbetriebe Engels, Rauch u. Co. an, in der die Bildung des Folgender Antikriegskomitees begründet wird, und in der alle Betriebsleitungen aufgefordert werden, am 1. August demonstrete eine Stunde vor Arbeitsbeginn geschlossen die Betriebe zu verlassen, um an der Kundgebung gegen den imperialistischen Krieg auf dem Neumarkt teilzunehmen.

# Explosionskatastrophe in Berlin

Mehrere Schwerverletzte

Berlin, 24. Juli. Eine furchtbare Explosionskatastrophe ereignete sich heute mittag in den Vereinigten Sauerstoffwerken in Berlin, Vorstriede. Aus noch unbekannter Ursache flog gegen 12 1/2 Uhr ein großer Sauerstoffbehälter beim Umfüllen in die Luft. Eine über 100 Meter lange Stützflamme schob hervor. Der ganze umfangreiche Gebäudekomplex war sofort in ein Rauch- und Flammenmeer gehüllt. Wenige Sekunden später erfolgten mehrere weitere Explosionen, die bis ins Stadlinnere vernehmbar waren.

Die Fabrik liegt auf der Nordseite der vom Steintiner Vorortbahnhof nach Tegel führenden, elektrisch betriebenen Reichsbahnvorortstrecke. Die Besäpfung des Brandes hat infolge der noch andauernden Explosionen zuerst nicht in vollem Umfange aufgenommen werden können. Gegen 14 Uhr gelang es den Feuerwehren, in den Explosionsbereich einzudringen. Das Feuer wütete schon fast zwei Stunden. Zwei Krankenwagen mit Verwundeten haben die Unglücksstätte schon verlassen.

Der Explosionsherd ist in weitem Umkreise polizeilich abgeperrt. Das gesamte Nachbarviertel mußte geräumt werden. In sämtlichen Nachbarbetrieben wurde die Arbeit sofort eingestellt. Vorläufig spricht man von acht Personen, die zum Teil sehr schwer verletzt worden sind. Die durch die Explosion zerstörte Fabrik ist die größte Sauerstofffabrik Deutschlands. Sie liefert Sauerstoff, Stickstoff, Preßluft, Argon und Heliumgas.

Die Explosionskatastrophe gehört zu den schwersten Fabrik-

unglücken, die sich in der letzten Zeit ereignet haben. Die ganze Fabrikanlage bildete stundenlang einen wahren Regenkegel. Schlug auf Schlug rollten die Explosionen der Stahlflaschen. Aus der Feuerbrunst und dem Qualm plözte es aus allen Ecken heraus, als ob Granaten schwersten Kalibers aus Wörtern abgeschossen werden. Selbst in den Dachstuhl einer etwa 400 Meter entfernten Fabrik fiel ein Gasbehälter. Gegen 15 1/2 Uhr konnte man die Hauptgefahr als beseitigt ansehen, so daß die Feuerwehrruppen näher an den Explosionsherd gezogen werden konnten. Ungefähr zur gleichen Zeit war auch das Feuer in den angrenzenden Fabrikgebäuden und in dem Bürohaus zum Stehen gebracht worden. Der dann eintreffende Regen brachte keine Entlastung für die Feuerwehre, sondern verschlechterte die Lage, denn durch das Feuchtwerden der Metallbehälter vorräte in den geborstenen Behältern entwickelten sich neue Gasblößen, die sich als bald entzündeten, so daß das Feuer immer wieder aufschlug.

## Internationales Meeting in Oberschlesien:

# Deutsche, polnische u. tschechoslowakische Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg

Am 28. Juli Grenztreffen in Beuthen und Ziegenhals

Die Bezirksleitung Oberschlesien der Kommunistischen Partei Deutschlands und die kommunistische Partei Polens rufen die deutschen, polnischen und tschechoslowakischen Arbeiter zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg auf. In einem durch Flugblätter verbreiteten Aufruf werden die Kriegsgesfahren geschildert. Ferner wird auf die Unterdrückung des Proletariats durch die Bourgeoisie in Deutschland und Polen hingewiesen. Am Schluß heißt es:

Das Niedertraktieren der deutschen Arbeiter am 1. Mai in Berlin sowie das Verbot des NSD und der kommunistischen Presse zeigen in aller Klarheit die sozialfaschistische Rolle der Sozialdemokratie in Deutschland.

In Polen ist die PPS, die treueste Stütze der faschistischen Diktatur. Am trassesten beweist und bestätigt dieses ihre schandhafte Streikbrecherrolle in allen Kämpfen des Proletariats, ihre aktive Teilnahme an der Antifaschistischen und den Kriegsvorbereitungen.

Im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Überfällen auf die chinesisch-sowjetische Grenze verstärkte sich auch die Antifaschistische des internationalen Sozialfaschismus. Am 13. Jahrestage des 1. August 1914, am Jahrestage des niederträchtigen Verrats der Zweiten Internationale bereiten ihre Führer ein neues, ungeheures Verbrechen des blutigen Raubzuges des Kapitals gegen den ersten proletarischen Staat vor.

## Klassengenossen!

Nur eine revolutionäre Stellung des Proletariats kann dieses blutige Verbrechen der kapitalistischen Internationale verhindern. Mit allen Mitteln müssen wir für den Schutz der Sowjetunion eintreten. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg wird wesentlich erleichtert durch die Schaffung von Antikriegskomitees in den Betrieben. Kein Großbetrieb mehr ohne Antikriegskomitee.

In diesem Kampfe müssen die Arbeiter Deutschlands, Polens und der Tschechoslowakei mit dem Weltproletariat in geschlossener Klassenfront stehen.

Um die Bande des Internationalismus enger zu schließen und den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu verstärken, finden am

## 28. Juli 1929 internationale Grenztreffen in Beuthen und Ziegenhals

statt. Wir fordern die Arbeiter der drei Grenzgebiete auf, sich in Massen an diesen Kundgebungen zu beteiligen. Jeder Betrieb muß sich an diesen Demonstrationen, die den Kriegshetzern zeigen werden, daß sich das Proletariat nicht mehr als Kanonenfutter gebrauchen läßt, beteiligen.

Durch diese Massenmeetings wird das Proletariat zum Ausdruck bringen, daß es bereit ist, die Sowjetunion mit allen Mitteln zu ver-

teidigen, daß es bereit ist, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln. Daß für das internationale Proletariat die Niederlage und der Sturz der eigenen Bourgeoisie auf der Tagesordnung steht.

Von dem gleichen Gedanken werden die Antikriegsdemonstrationen am 1. August getragen sein. An diesen Kundgebungen müssen die Betriebe geschlossen aufmarschieren. Durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiter aller Länder wird es uns möglich sein, den Sturz des Kapitalismus zu vollziehen und die Befreiung des Proletariats durchzuführen.

Nieder mit den imperialistischen Kriegshetzern!

Nieder mit der Diktatur des Kapitalismus!

Nieder mit dem Faschismus und dem Sozialfaschismus! Es lebe der gemeinsame Kampf des internationalen Proletariats!

Es lebe die Sowjetunion!

Es lebe die kommunistische Internationale!

Kommunistische Partei Deutschlands, Bez. Oberschlesien  
Kommunistische Partei Polens

## Bauerwagen vom Personenzug erfaßt

3 Tote, 1 Schwerverletzte

Ul. Warshaw, 24. Juli. In dem Augenblick, als am 24. Juli ein Bauerwagen mit vier Insassen einen Bahnstamm bei Warshaw überqueren wollte, wurde er von einem herandräufenden Personenzug erfaßt und mitgerissen. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Die Insassen des Wagens, der Führer und ein Vater mit zwei Söhnen, kamen unter die Räder des Zuges. Drei von ihnen landeten auf der Stelle den Tod, nur der jüngere Sohn gab, als der Zug zum Halten gebracht war, noch schwache Lebenszeichen von sich. Er wurde sofort ins Krankenhaus übergeführt, jedoch wird an seinem Wiederaufkommen gezweifelt. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß die Ueberwachstelle am Bahnstamm keine genügenden Warnungstafeln besaß.

Riesenunterschlagungen bei der Mainzer Getreidekreditbank

Ul. Mainz, 25. Juli. In den letzten Tagen sind hier Riesenunterschlagungen bei der Mainzer Getreidekreditbank aufgedeckt worden, die durch verfehlte Spekulationen des Direktors Hofmann entstanden sind. Es handelt sich um sehr große Beträge. Die Unterschlagungen sollen sich auf zwei Millionen Mark belaufen. Seit drei Jahren wurden die Bilanzen gefälscht. Direktor Hofmann ist verhaftet worden.

# ANNA IVAN OLBRACHT

## DAS MÄDCHEN VOM LANDE

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

Marie und Anna kamen zur Wäckerlei in der Wassergasse. In der Schwelle blieben sie noch stehen.  
„Haben sie ihn verhaftet?“  
„Wer kann den ein Privatdetektiv irgendjemand verhaften, das darf doch nur die Staatspolizei.“  
„Na, warum ist er denn mit ihnen gegangen?“  
„Das redest du denn bloß für Unkennt? Warum er mitgegangen ist? Weiß ich denn, was da los war? Wahrscheinlich sind sie eines Morgens, als er mit seiner Fürstin noch im Bett lag, zu ihm gekommen und haben ihm gesagt: Junger Mann, wollen Sie mal mit uns nach der Heimat fliegen? Wir haben sonst Auftrag, die Polizei zu verständigen, daß Sie den Vater um 20000 geliebt haben. Was konnte er tun? Na, und die Fürstin, mein Gott, hat bu Sorgen, wahrscheinlich hat sie jandbar gemerkt, daß das Geld alle ist und daß sie wieder als Anzimmermädchen gehen muß.“  
„Was wird jetzt sein, Mariechen?“  
„Das jetzt sein wird?“  
Marie zog die Brusthaken. „Das ist eine sehr schwierige Sache. Kannst dir wohl denken, daß sie ihn nicht einlösen lassen. Aber vielleicht ist das richtig, was ich mir denke.“  
Marie seufzte die Stimme geheimnisvoll und zog die Hüfte hoch. „Der Ehrenfried können sie nach Amerika. Das machen die Schieber immer mit ihren Söhnen, wenn sie nicht gut tun. Wenn die beiden Epichel noch heute bei euch bleiben, kannst du Gift draus nehmen, daß er nach Amerika fährt. Sie bringen ihn nach Hamburg, kaufen ihm eine Karte, führen ihn bis zum Schiff und, ah, lieber Sohn, Gräß alle und erührt dich selbst. Ganz bestimmt werden sie das ja machen.“

Anna stand auf dem Gehsteig und hielt die Augen gesenkt. Passanten riefen sie an, aber sie fühlte es nicht. Da sagte Marie: „Du sollst jetzt für den Ehrenfried Sühnen, nicht, na geh, Kleine, sonst gibt es Umsturz, ich muß auch schon weg. Servus. Morgen warte ich auf dich.“  
Anna lautete Mandelbörchen und lief nach Hause, was der Atem hielt. Herr Baumeister war noch zu Hause, und sie jertelte ihm im Speisezimmer das Frühstück. Dann trug sie zwei Tassen Kaffee und Mandelbörchen in das Zimmer des jungen Herrn. Der lag noch im Bett. Der Detektiv sah auf einem Stuhl. Nicht der Letzte, der hier geschlafen hatte, der war auf die Diele hinausgegangen, um zu rauchen, aber jener zweite, der gestern vom Schranz aus Anna so unangenehm angesehen hatte. Der junge Herr rauchte im Bett Zigaretten. Er war in einem leichten Pyjama gekleidet. Er war wunderschön und blühte wieder traumig zur Dede. Anna stellte ihm das Frühstück auf den Nachttisch. Sie blühte ihn an. „Er denkt höher wieder an seine russische Fürstin“, dachte sie und er tat ihr leid. Und sie überlegte: Warum verbieten sie ihm das? Warum geben sie ihm nichts, wenn sie soviel Geld haben? Wie war das alles leicht und einfach. Armer, junger Herr.“ Da blühte sie der junge Herr an. Der Blick seiner großen Augen ruhte eine Sekunde auf ihren rötlichen Lippen, von da glitt er zum Nischen ab. Ein leichtes Lächeln huschte über seine Lippen, ein laun sichbares Lächeln, einem Winken der Hand, einem Aufseher gleich.  
Annas Herz begann zu schlagen. Das Blut rief ihr zu Kopf. Sie fühlte, wie der Herr ihre Haare und Brüste streichelte. Sie fühlte das so klar, so körperlich, daß ihr garte Wellen über den Rücken liefen. Der junge Herr lächelte, ja, er lächelte, und Anna war es, als müßte sie zu seinem Bett springen, seine Hände in die ihren nehmen und sagen: „Ach, junger Herr, was kann ich tun, damit Sie lustig werden, sprechen Sie hoch, und ich will alles machen, was Sie sich wünschen!“  
Aber der junge Herr blühte schon wieder zur Dede, und Annas Herz beruhigte sich. Als sie dem Detektiv den Kaffee reichte, sagte sie sich: „Du etelhafter Kerl, du!“ und sie dachte, ob das etwas helfen könnte, wenn sie jetzt in die Küche ginge, ein scharfes Messer holte und es ihm in den Hals steche.

Sie ging ungern aus dem Zimmer, und noch als sie die Tür schloß, schielte sie nach dem jungen Herrn. Doch der sah sie nicht mehr an. Seine weiße Hand mit den langen Fingern klopfte die Zigarettenasche in den chinesischen Aschbecher. Anna machte die Wohnung sauber. Das Bild des jungen Herrn war mit ihr. Sie öffnete das Fenster, und der leichte Wind bewegte die Gardinen. Sie hörte, wie Marie im dritten Stock über ihr „Aus weiter Ferne...“ blühte.  
Anna war allein. Der Baumeister war fortgegangen, aber, und das war sonderbar, auch die gnädige Frau war nicht zu Hause, und Anna überlegte vergeblich, wohin sie so früh am Morgen gegangen sein könnte. Als sie den Salon aufräumte, fuhr sie zusammen. Es schien ihr, als ob aus dem Fremdenzimmer ihr entlegenen Teil der Wohnung merkwürdige Laute kämen. Sie öffnete die Tür und erschrak festig. Die gnädige Frau lag an der Erde, mit dem Gesicht zu Boden. Der Kopf wackelte, so daß sie stets mit der Stirn den Teppich berührte. Sie stieß krampfhaft Laute aus, die aus einem Grabe zu kommen schienen. „Hu, Hu...“  
Die erschrockene Anna kniete neben ihr nieder.  
„Um Gottes willen, gnädige Frau, was ist denn los?“  
Frau Rubesch wandte die aufgerissenen Augen zu ihr, und ihr bleiches Gesicht war entsetzt und häßlich wie das einer Leiche. Ihr ergrautes Haar, zerraut und glanzlos, glück dem Abfall im Müll-eimer.  
„Wie ein Stein, wie ein Stein...“ kam es schwer aus ihr.  
„Ah, ah!“ und sie starrte Anna an.  
„Um Gottes willen, gnädige Frau, besinnen Sie sich doch nur ein Weilschen, bevor ich das Fräulein hole.“  
Da stüßte es, als ob die gnädige Frau verstanden hätte. Sie hob ihren blassen Leib schwerfällig und richtete sich langsam auf.  
„Nein, Dada! nicht!“  
(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Kurt Dombrowski; für den literarischen Teil: Gerhard Schulz, Leipzig; für den bildlichen Teil: Alfred Dörmann, Berlin. — Für Satzsetzer: August Heilmann, Berlin.

# Die Banditenherrschaft in der Mandchurei!

## Sozialdemokratische Verteidigung des Raubimperialismus und der Unterdrückung der Arbeiterchaft — Der Raubüberfall Tchangkaiſchets und seine imperialistischen Hintermänner

I.

Die sozialdemokratische Presse legt heute ihre Heße gegen die Sowjetunion fort. Zwar ist die Provinzpresse heute nicht ganz so stark mit der Antisowjetheße angefüllt. Der „Vorwärts“ bringt dafür aber aus Stämpfers Subtilität allein zwei vollständige Seiten Antisowjetischen Schreibereien. Mit sehr großer Befriedigung drückt her „Vorwärts“ das freche Manifest der Tchangkaiſchets-Regierung ab, in dem diese nochmals die kommunistische Agitation in China als Grundlage für das Vorgehen behandelt und gleichzeitig die Aufforderung der Imperialisten nachkommend, sogenannte detaillierte „Taschchen“ mitteilt. In diesem Dokument behauptet die Regierung des Raubgenerals, die Kommunisten hätten eine Mörderbande organisiert, die in Nanjing und Mukden und anderen wichtigen Städten wichtige Persönlichkeiten beseitigen solle. Eine Geheimtruppe sei aufgestellt worden, die die Ostchinesische Bahn zerstören solle. Ebenso seien Pläne für die Verlängerung des Bürgerkrieges und die Verschärfung Chinas gefunden worden. Stämpfer im „Vorwärts“ und Pranol in der „Volkswacht“ haben das gläubigen Lesern als bare Münze auf. Jedes Kind aber sieht dieser Note Manlings die verlogene Stimmungsmache an. Man muß nur die zweite Behauptung über die Zusammenstellung einer Truppe zur Zerstörung der Ostchinesischen Bahn lesen, und man wird die ganze Verlogenheit und Doppelsinnigkeit der getauften Soldateska des Imperialismus begreifen. Danebeneneren Unsinn kann man kaum vorzupfen. Erst bauen die Russen die Ostchina-Bahn, dann organisieren sie eine Truppe, um diese Bahn zu zerstören und dann, als Tchangkaiſchets diese Bahn besetzt, und zwar gegen alle Abmachungen, ohne Verhandlungen, protestieren die Sowjetrussen gegen diese Besetzung. Weshalb diese Nanjing-Regierung solche Notizen schreibt, ist klar. Man will damit die Stimmung gegen die Sowjetunion verstärkt aufpuffen. Der „Vorwärts“ erklärt sich vollständig solbavisch mit dieser Banditenregierung und den dahinter stehenden imperialistischen Antreibern. Diese Haltung der Sozialdemokraten wird sofort verständlich, wenn man eine Parallele zwischen dem Raubgeneral Tchangkaiſchets und der sozialdemokratischen Führerschaft zieht. Diese wie jener stehen im Dienste der Kapitalisten. Diese wie jener sind von den Imperialisten gekaufte Subjekte. Die Methoden sind auf Grund der Struktur, der ökonomischen und kulturellen Lage in den einzelnen Ländern verschieden. Die Triebfeder ihrer Handlungen ist überall die gleiche. Kampf für die Erhaltung des Privatkapitals, für die kapitalistische Gesellschaftsordnung und daß gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und die Republik Sowjetrußland. Die Tchangkaiſchets, Tchangkaiſchets und die Stämpfer, Heilmann, Müller, Severing sind eine und dieselbe Couleur, eine und dieselbe Kaste von käuflichen Subjekten im Dienst des internationalen Kapitals.

Während die sozialdemokratische Presse ihre Heße verstärkt, und auch die bürgerliche Presse immer mehr auf diese Heßfront einzuweichen, erscheint in der „Frankfurter Zeitung“ vom Dienstag, dem 23. Juli, ein Artikel, der sich mit der Lage in der Mandchurei beschäftigt. In diesem Artikel wird eine zusammenhängende Uebersicht über die Entwicklung in der Mandchurei gegeben. Er ist schon vor der Besetzung der Ostchinesischen Bahn geschrieben, gibt aber einen sehr weitgehenden und interessanten, insbesondere für die Arbeiter wichtigen Ueberblick, daß wir die wesentlichsten Stellen anführen werden.

Der Artikel, überschrieben „Die unstrittene Mandchurei“, der Anfang Juni geschrieben wurde, stellt fest, daß die Mandchurei schon oft der künftige internationale Kriegsschauplatz genannt wurde. Er behauptet, die Mandchurei sei ein Gebiet von chinesischem, reaktionären Feudalismus, fortschrittlichem Nationalismus und von internationaler Spionage- und Intrigenwirtschaft, so daß es beinahe zwangsläufig zu einem gefeierten blutigen Ausbruch kommen muß. In der chinesischen Presse werde betont, daß der Anschluß an Nanjing das wichtigste Ereignis sei. Es habe sich aber, soweit die innere Verwaltung der Mandchurei davon betroffen sei, gar nichts geändert. Ueber die Machthaber in der Mandchurei schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Diese Mukdener Machthaber sind, was von allen fortschrittlichen Chinesen zugegeben wird, nicht nur in allen ihren Ideen und Methoden reaktionär-feudal, sondern sind durchweg käuflich oder gekauft von der fremden Macht, die ihnen am meisten zählt. Die jüngsten sogenannten mandchurischen Ernennungen, die durch Tchangkaiſchets vorgenommen wurden, sind nichts anderes, als eine Befestigung der Liste, die der Nanjing-Regierung vom General Tchangkaiſchets, dem Sohne Tchangkaiſchets, vorgelegt wurden. Von Tchangkaiſchets her in der Mandchurei dieselbe Stellung einnimmt wie sein Vater, und dessen Qualifikation für seinen Posten lediglich darin besteht, daß er der Sohn seines Vaters ist. . . Der Typ des Beamten, der auch nach der Vereinigung in der Mandchurei an der Macht bleibt, kann in dem Zivilverwalter der Sonderzone der chinesischen Ostbahn in Chardin gesehen werden. Dieser General namens Tchangkaiſchets war früher Bandit und kann weder lesen noch schreiben; seine einzige Qualifikation besteht darin, daß er ein Freund Tchangkaiſchets war.“

Das sind die Gesellen, zu deren Schutz und Verteidigung, für deren „Rechte“ und „rechtmäßiges Vorgehen“ in der Subtilität Stämpfers jeden Tag für die gesamte sozialdemokratische Presse die Verteidigungsrezepte zusammengelocht werden. Die „Frankfurter Zeitung“ charakterisiert diese Schlingel Stämpfers aber noch viel besser. Sie schreibt:

„Die Gouverneure der Provinz betrachten ebenso wie früher die öffentlichen Einkünfte als ihr persönliches Taschengeld. Und in zwei Provinzen wird in ungeheurem Ausmaß Opium-Mohn gepflanzt.“

Diese Generale sind der Hort der ausgesprochenen Reaktion. Sie sind Konterrevolutionäre schlimmster Art, und es ist die sozialdemokratische Uebereinstimmung, die die Sozialdemokraten so eng mit diesen Machthabern koalitiert. Ueber das reaktionäre Treiben schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Jetzt wie früher ist es den Studenten . . . verboten, sich politisch zu organisieren oder sich auch nur politisch zu betätigen. Selbst die Kuomintang kann nicht unabhängig von den Beamten der Mukdener Regierung existieren, da diese erklärt haben, daß sie von nun an die Kuomintang repräsentieren. Jetzt wie früher gibt es keine Presse, keine Rede- und keine Vereins- und Versammlungsfreiheit; es gibt keinen Arbeiterschutz und keine Arbeitergesetze, mit Aus-

nahme solcher, die gegen die Arbeiter gerichtet sind. Und es gibt keine Art gesetzgebender Körperschaft: Die Gouverneure oder die Polizei sind Staatsanwälte, Richter und Gerichte zugleich, und die Möglichkeit, in der Mandchurei zu leben, hängt davon ab, wie man ihnen zu schmeicheln oder sie zu beschützen versteht.“

Das sind die reaktionären Verhältnisse im Herrschaftsgebiet Tchangkaiſchets und der Nanjing-Regierung, die von den Sozialdemokraten auf das wärmste und entschiedenste verteidigt werden. In der „Frankfurter Zeitung“ wird festgestellt, daß die Mukdener Befehlshaber es sogar der Kuomintang untersagen, ihre Lehrer und Propagandisten in die Mandchurei zu schicken. Der „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Presse verteidigen eine den Sozialisten würdige Gesellschaft. Die Arbeiterchaft muß begreifen, daß die Sozialdemokratie durch ihre Heße gegen die Sowjetunion und die Darstellung, als wolle die Nanjing-Regierung den Frieden, der schmerzhaftesten Reaktion der internationalen Imperialisten Hilfsdienste leisten. Diese Mißstellung für die arbeitserfreundlichen Kreise in Mittel- und Ostchina wird um so offensichtlicher, wenn man den allgemeinen Verhältnissen und dem Vorgehen der Banditengenerale die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften gegenüberstellt, die durch das Einwirken der Sowjetunion an der Ostchinesischen Bahn für das chinesische Proletariat erreicht wurden. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu:

„Die Bahn stellt nicht nur einen großen kommerziellen Wert dar, sondern sie ist auch ein Kulturträger, die Schulen gegründet und durchgehalten hat, Krankenhäuser, Klubs und Aufenthaltshäuser für die Beamten und wissenschaftlichen Hilfsarbeiter, ganze Industrien und Telephon- und Telegraphenlinien. Bei ihr allein ist in China der Achtstundentag vollständig durchgeführt, und in ihren Betrieben gibt es die einzige Gewerkschaft in der Mandchurei. Diese Eisenbahn ist eine große Pulsader, die durch die Nordmandchurei läuft und die das dortige wirtschaftliche und kulturelle Leben beherrscht.“

An dieser Bahn sind in den letzten zehn Jahren 13 Millionen Bauern angesiedelt worden. Bleibt diese Bahn in dem Besitz der

Nanjing- und Mukden-Regierung, dann werden alle die Errungenschaften zerstört und beseitigt und fallen dem reaktionären Betriebe des Banditen Tchangkaiſchets und Tchangkaiſchets zum Opfer. Der „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Presse geben sich täglich die größte Mühe, um einen solchen Erfolg für die reaktionären Banditengenerale zu erreichen.

Aus der „Frankfurter Zeitung“ erfährt man auch, daß der Angriff auf die Ostchinesische Bahn von der Nanjing-Regierung seit langer Hand vorbereitet wurde. Die „Frankfurter Zeitung“ erklärt, daß nach dem Zusammenschluß es nur eine Frage der Zeit gewesen sei, bis die drei russischen Konsulate in Dairen, in Mukden und Chardin geschlossen und die Sowjetrussen ausgewiesen werden. Das erste Ergebnis der Vereinigung sei gewesen, daß jeder kleine Beamte in Chardin in der Presse beleidigende Äußerungen gegen Sowjetrußland geschrieben habe. Ueber das planmäßige Vorgehen, die bewußt angelegte Provokation schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Noch ehe die nationale Fahne aufgezo-gen wurde, haben die chinesischen Behörden die Schulen übernommen und die Telephonlinie der Eisenbahn beschlagnahmt. Sie haben die Gewerkschaft als ungesetzlich erklärt. Und man glaubt, daß die Absicht besteht, ebenfalls auch die Gruben zu beschlagnahmen, die Telegraphenlinien, die Krankenhäuser und schließlich auch die Eisenbahn selbst.“

Die Schulen werden beschlagnahmt und geschlossen, die Krankenhäuser vernichtet, die Gewerkschaften für ungesetzlich erklärt, die Gewerkschaftsführer hingerichtet, die organisierten Arbeiter verfolgt — wörtlich, das sind Maßnahmen, für die der „Vorwärts“ für die Stämpfer, Wels und Müller in Ehren kämpft. Die Arbeiterchaft aber wird mit den chinesischen Arbeitern solidarisch sein, sie wird begreifen, die Sowjetunion verteidigt die revolutionären Interessen des Weltproletariats. Sie verteidigt die revolutionären Positionen der chinesischen Arbeiter gegen die Henkergenerale und die imperialistischen Hintermänner. Die Arbeiterchaft ganz Europas, auch die Arbeiterchaft Deutschlands steht hinter den chinesischen Arbeitern, steht hinter dem einzigen Lande der Arbeiter und Bauern, der russischen Sowjetrepublik. (Fortsetzung folgt.)

# Der KZB. vor dem Reichsgericht

## Verfälschungsmanöver und Spitzelarbeit der SPD-Minister

Der Rote Frontkämpferbund und die Rote Marine der Länder Preußen, Sachsen, Thüringen, Hessen, Bayern, Schaumburg-Lippe, Oldenburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin hat beim Reichsgericht Beschwerden gegen das Verbot eingereicht. Diese Beschwerden werden jetzt, mit Ausnahme Preußens, vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig „behandelt“.

Was Preußen betrifft, so hat der preussische Innenminister Severing diese Beschwerde bisher noch nicht weitergeleitet. Den Beschwerden müßte sogar nach bürgerlichem Gesetz stattgegeben werden, weil das Republikstrafgesetz, auf Grund dessen die meisten Verbote erlassen worden sind, infolge der Ablehnung durch den Reichstag seit dem 22. Juli außer Kraft ist.

Die kommunistische Presse hat bereits darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und Innenminister in größter Verlogenheit sind, weil sie selbst nach bürgerlicher Rechtsprechung

keinerlei Material haben, welches das Verbot berechtigt.

Hinzu kommt jetzt noch das Augerkräfttreten des Republikstrafgesetzes, das bereits eine Reihe von Behörden damit beauftragt haben, daß sie den KZB. jetzt nachträglich noch auf Grund des bürgerlichen Strafgesetzbuches verboten haben. In diesem Zusammenhang muß auch an die krampfhaften Versuche, die die „Rote Fahne“ enthält hat, erinnert werden, mit denen die Polizeipräsidenten und übrigen Behörden jetzt nachträglich die Gründe für das vollkommen unhaltbare Verbot durch verstärkte Bespitzelung der revolutionären Organisationen sich zu verschaffen suchen.

Infolgedessen springt den verlegenen Polizeibehörden der gerichtliche Machtapparat bei, indem das Reichsgericht die Behandlung der Beschwerden bis nach den Gerichtsferien verschoben will, in der Hoffnung, daß es in der Zwischenzeit den Aktgroßentaten der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gelingen wird, genügend „belastendes Material“ zusammenzutragen. Die „Rote Fahne“ spricht dies in ihrer Abendausgabe vom Dienstag ganz offen und brutal aus. Sie schreibt:

„Aber auch wenn, wie es zu erwarten steht, die Beschwerde (des KZB. in Preußen. Die Red.) fruchtlos bleibt, d. h. bis Ende dieser Woche in Leipzig eingeleitet, so ist doch eine Entscheidung des Senats innerhalb der Gerichtsferien kaum wahrscheinlich. Die Nichtverlängerung des Republikstrafgesetzes läßt da nämlich ein Vakuum entstehen, und Präsident Lorenz bzw. sein Vertreter wird wohl lieber die Ausfüllung der Lücke abwarten, als die kommunistische These anerkennen, daß da der Reichstag durch sein Rotum das Republikstrafgesetz als nicht mehr zeitgemäß gekennzeichnet habe, eine sofortige Vorab-Entscheidung geboten sei . . .“

Darum gilt es jetzt, die Kampagne gegen das Verbot des KZB. hundertfach zu verstärken und die revolutionäre Tradition der Rote Front fest in den Massen der Arbeiter zu verankern. Die Rote Front lebt allen Verboten und Spitzelprovokationen zum Trotz!

## Die Arbeit der Antikriegskomitees

Am 20. Juli fand eine ausgezeichnet besuchte Belegschaftsversammlung des Eisenbahnausbesserungswerkes Opladen (Rheinland) statt, die zur drohenden Kriegsgefahr Stellung nahm und einstimmig beschloß, die gesamte Belegschaft für die Antikriegsdemonstration am 1. August in Opladen und am 4. August in Leverkusen zu mobilisieren. Die Belegschaftsversammlung wählte ein Antikriegskomitee.

Am 21. Juli tagte eine gutbesuchte Konferenz der oppositionellen Betriebsräte des Arbeitsgebietes Welbert, die ebenfalls beschloß, die

im Arbeitsgebiet liegenden Betriebe für die Antikriegsdemonstrationen zu mobilisieren.

Die Belegschaft der Firma Bosmau und Knauer, Baustraße Hentel, Holtshausen, bei Düsseldorf, faßte einmütig den Beschluß, am 1. August nach der Mittagspause eine Stunde lang die Arbeit ruhen zu lassen.

Die Notstandsarbeiter in Obermartha bei Dresden wählten vor wenigen Tagen zwei Delegierte zum Antikriegskomitee und beschloßen einstimmig, am 1. August früheren Arbeitsschluß zu machen, um bei der Demonstration in Dresden mit der gesamten Arbeiterchaft gegen den imperialistischen Krieg mit aufzumarschieren zu können.

Am 21. Juli fand eine gutbesuchte Belegschaftsversammlung der Bremen-Besigheimer Delfabriken statt, die nach einem Referat über das Kriegsprogramm der deutschen Schwerindustrie und die Gegenmaßnahmen der Arbeiter, ein Antikriegskomitee wählte und gleichzeitig die Erhebung einer zwischenstaatlichen Lohnforderung von 10 Pfennig beschloß. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Offensive der Unternehmer und ihrer Koalitionsregierung gegen die Löhne und Gehälter untrennbar verbunden sei mit den Vorbereitungen des deutschen Imperialismus zum Krieg gegen die Sowjetunion.

## Neuer Vorkampf der Freidenkeropposition

Die Ortsgruppe Manabach in Thüringen hat einstimmig den Anschluß an die Vereinigung der oppositionellen Freidenker beschlossen. — Die Ortsgruppe Bürgel i. Thür. trat ebenfalls, nach einem provokatorischen Referat und einem ebenjohlichen Schlußwort des SPD-Parteisekretärs Hermann, Jena, gegen vier Stimmen zur Opposition über. Im Auftrag der Mittel-Zenner-Clique, der rechten Liquidatoren in Thüringen, versuchte Paul Heller die Freidenker von Bürgel für die widerstandslose Hinnahme der Sievers-Hertel-Clique, d. h. für die reformistische Bürokratie im Freidenkervorstand, zu gewinnen. Doch konnte Heller bei den anwesenden Freidenkermitgliedern keinen Erfolg buchen.

Die Freidenker in Lörrach in Baden forderten in einer vor wenigen Tagen stattgefundenen Mitgliederversammlung, den Ausschluß aller preussischen Landtagsabgeordneten, die Mitglieder des Verbandes sind, und die die Annahme des Kontordats im Preussischen Landtag ermöglicht haben. Gleichzeitig forderte die Versammlung die sofortige Wiederaufnahme aller wegen ihres oppositionellen Verhaltens gegen den Hauptvorstand ausgeschlossenen Mitglieder und die beschleunigte Einberufung einer Generalversammlung.

## Die Preise steigen!

In der Woche vom 10. bis 17. Juli ist der Großhandelsindex von 137,4 auf 138,2 gestiegen. Die Steigerung des Index ergibt sich in erster Linie aus der Steigerung der Lebensmittelpreise.

Die Zollwucherpolitik der Koalitionsregierung wirkt sich aus. Die Preise steigen und die Löhne sind meist für mehrere Jahre tariflich festgelegt. Für die Arbeiterchaft ist es aber unerträglich, daß die Kaufkraft des Lohnes immer mehr vermindert wird. Es ist notwendig, zwischenstaatliche Lohnforderungen zu stellen und zu erkämpfen. Gleichzeitig gilt es, den Kampf gegen die Kriegs- und Hungerpolitik der Koalitionsregierung zu verstärken, am 1. August in Massen gegen diese Regierung zu demonstrieren.

# Imperialistische Finanzpolitik der Reparationsbank

Die Aufgaben der Reparationsbank erschöpfen sich nicht in der Entgegennahme und Verteilung der deutschen Reparationszahlungen, sowie der Mobilisierung des ungeschützten Reparationskapitals durch eine Reparationsanleihe. Nach der Absicht der Pariser Sachverständigen soll die Reparationsbank zu dem größten internationalen kapitalistischen Kreditinstitut der Welt gemacht werden. Sie soll mit den ihr zur Verfügung stehenden Geldern kreditbedürftigen „Zentralbanken“, sowie „Banken, Bankiers, Gesellschaften und Einzelpersonen jeden beliebigen Landes in Ausübung jeder beliebigen zulässigen Funktion, unter der Voraussetzung, daß die Zentralbank des betreffenden Landes keine Einwendungen erhebt“, Geldausleihungen gewähren.

Einerseits sollen die Zentral- oder Notenbanken bei der Reparationsbank Einlagen machen. Die Reparationsbank soll also die überflüssigen, nicht verwendeten Geldkapitalien der Notenbanken, die zur Bedienung des Notenumlaufes nicht benötigt werden, auffammeln und umgekehrt den Notenbanken, die in zeitweiligen Kreditnotlagen sich befinden und deren Liquidität ungenügend ist, mit Krediten unterstützen. In dem Maße, wie die Notenbanken auf diese Kreditunterstützung durch die Reparationsbank rechnen können, würden sie ihre eigenen Reservereserven niedriger und ihre Einlagen bei der Reparationsbank erhöhen können.

Die Kreditentnahme bei der Bank durch Zentralbanken innerhalb mäßiger Grenzen und über kurze Zeitspannen kann mit der Zeit zu einem normalen Vorgang werden. Der Nutzen der Bank als eines stabilisierenden Faktors der Wechselkurse ist offensichtlich.

Danach würde also die Reparationsbank die Aufgabe erhalten, eine internationale Bank zur Sicherung der Währungsstabilität in den verschiedensten kapitalistischen Ländern zu werden.

Inbesondere kann erhofft werden, daß die Bank ein immer festes und wertvolleres Band für die allgemeine Zusammenarbeit der Zentralbanken werden wird, eine Zusammenarbeit, die wesentlich ist für die Aufrechterhaltung der Stabilität des Kreditwesens der Welt.

Dieser große Plan der Schaffung eines Weltkreditinstituts würde aber nur durchgeführt werden können, wenn es keine imperialistischen Gegenkräfte gäbe. Denn jedes imperialistische Land, das sich die Bestimmung seiner Währungs- und Kreditpolitik nehmen und von der eigenen Zentralbank an ein internationales kapitalistisches Kreditinstitut überträgt, würde damit in entscheidendem Maße die Möglichkeit zu selbständiger imperialistischer Politik verlieren und sich in die Abhängigkeit jener internationalen Bank begeben. Umgekehrt würden die imperialistischen Finanzgruppen, die die Reparationsbank, bzw. die internationale Kreditbank beherrschen, damit die von der internationalen Bank abhängigen kapitalistischen Länder von sich abhängig machen.

Das war der große Plan Morgans. Deswegen sein Vorschlag einer Reparationsbank. Gerade deswegen wird die Reparationsbank nicht zu der Bank der Notenbanken werden. Die Notenbanken der großen kapitalistischen Mächte werden sich hüten, einen so großen Teil ihrer Reservereserven der Internationalen Reparationsbank zu geben, so daß sie ihre Unabhängigkeit verlieren würden. Dagegen ist es wohl möglich, daß die Reparationsbank die Notenbanken abhängiger kapitalistischer Staaten, die nicht zu dem Interessenskreis einer einzigen imperialistischen Macht gehören, sich unterordnet und ihre Politik mitbestimmt. Gerade diese Notenbanken der kleineren kapitalistischen Staaten haben am meisten unter Kreditnotlagen und zerrütteten Währungsverhältnissen zu leiden.

Die Reparationsbank soll aber nicht nur zu der „Bank der Banken“ werden; sie soll darüber hinaus die Aufgaben eines allgemeinen Kreditinstitutes erhalten, auch an Privatkapitalisten Kredite gewähren, Wechsel diskontieren und vor allem auch Kapitalanlagen in den verschiedensten Ländern machen können. Deswegen heißt es ausdrücklich in dem Young-Abkommen:

„In dem natürlichen Lauf der Entwicklung kann erwartet werden, daß die Bank mit der Zeit eine Einrichtung werden wird, die sich nicht nur oder in erster Linie mit Reparationen befaßt, sondern die auch der internationalen Handels- und Finanzwelt wichtige, bisher fehlende Möglichkeiten schaffen wird.“

Wir (die Sachverständigen) nehmen an, daß sich die Bank bei verständiger, gegenseitiger Konkurrenz vermeidender finanzieller Entwicklung als eine nützliche Einrichtung für die Erschließung neuer Handelsgebiete erweisen wird, sowohl was das Angebot als auch was die Nachfrage betrifft, und so zur Lösung des besonderen deutschen Problems beitragen wird, ohne dabei die Tätigkeit bereits bestehender Einrichtungen zu beeinträchtigen.“

Die Reparationsbank soll dann also nicht nur das zur Sicherung der Währungsstabilität notwendige Reservereservekapital, sondern auch für Kapitalanlagen zur Verfügung stehendes Finanzkapital sammeln. Sie soll dann also das Sammelbecken für Finanzkapital sein, für das sich nur ungenügende Verwertungsmöglichkeiten gefunden haben.

Die Bank selber soll für dieses Finanzkapital neue Verwertungsmöglichkeiten schaffen, aber ohne den herrschenden finanzkapitalistischen Gruppen Konkurrenz zu machen, das heißt, keine Kapitalanlage der Reparationsbank, zum Beispiel in einem dem englischen oder französischen Finanzkapital untergeordneten Lande bei Einbruch der französischen oder englischen Zentralbank.

Wohin wird dann aber die Reparationsbank mit ihrem Kapitalüberschuß sich wenden? Diese Frage wird auch dann akut sein, wenn wegen der imperialistischen Gegenkräfte die herrschenden finanzkapitalistischen Gruppen Konkurrenz zu machen, das heißt, keine Kapitalanlage der Reparationsbank, zum Beispiel in einem dem englischen oder französischen Finanzkapital untergeordneten Lande bei Einbruch der französischen oder englischen Zentralbank.

Wohin wird dann aber die Reparationsbank mit ihrem Kapitalüberschuß sich wenden? Diese Frage wird auch dann akut sein, wenn wegen der imperialistischen Gegenkräfte die herrschenden finanzkapitalistischen Gruppen Konkurrenz zu machen, das heißt, keine Kapitalanlage der Reparationsbank, zum Beispiel in einem dem englischen oder französischen Finanzkapital untergeordneten Lande bei Einbruch der französischen oder englischen Zentralbank.

Wohin wird dann aber die Reparationsbank mit ihrem Kapitalüberschuß sich wenden? Diese Frage wird auch dann akut sein, wenn wegen der imperialistischen Gegenkräfte die herrschenden finanzkapitalistischen Gruppen Konkurrenz zu machen, das heißt, keine Kapitalanlage der Reparationsbank, zum Beispiel in einem dem englischen oder französischen Finanzkapital untergeordneten Lande bei Einbruch der französischen oder englischen Zentralbank.

# 3 Monate Gefängnis für KZB.-Kleidung

## Das erste Urteil gegen den „verbotenen“ KZB. — Koalitionsjustiz ohne Gerichtsverhandlung

Die Klassenjustiz der Hermann-Müller-Regierung, die einen Fememörder nach dem anderen enthaftet, eröffnet einen neuen Terrorfeldzug gegen die Arbeiterschaft. In Straßburg ist, ohne daß man es auch nur für nötig gehalten hätte, eine Gerichtsverhandlung stattfinden zu lassen, ein Arbeiter zu einem Vierteljahr Gefängnis verurteilt worden, weil er es gewagt hat, Mülls und Mülls des von Gebering verbotenen Notenschriftkämpfers zu angucken. Dies Urteil soll der Auftakt werden zu einer Massenverurteilung, gegen die alle Arbeiter sich zur Wehr setzen müssen.

Das Amtsgericht Zwickau hat dem Bergarbeiter Erhardt Georg Demmler in Oberhofendorf folgenden Strafbefehl ausstellen lassen:

„Es werden beschuldigt, am 18. Mai 1929 in Zwickau auf öffentlicher Straße, gemeinlichlich mit Kees (einem anderen KZB.-Kampfer, D. K. B.) Notenschriftkämpfer-Uniform, bestehend aus Pelzenmütze mit Schirm und Abzeichen des Notenschriftkämpfer-Bundes, sowie genauer Pelzenbluse getragen zu haben. Sie haben sich somit an einem durch Verfügung des kaiserlichen Ministers des Innern vom 7. März 1928 aufgelösten Verein, obwohl Sie wußten, daß das verboten ist, als Mitglieder betätigt und ihn unterstützt und haben dabei zugleich wesentlich eine verbotene Kundgebung veranstaltet.“

Bergehen nach §§ 14, Abs. 1 und 2, 19, Abs. 1 und 2 zum Schutze der Republik vom 21. Juli 22 in Verbindung mit § 73 des Strafgesetzbuches, Beweismittel: Die eigenen Angaben. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird deshalb gegen Sie die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis festgesetzt. Auch die Kosten des Verfahrens werden Ihnen auferlegt.“

Gebering, Erzjesinski und Gefinnungsfreunde glauben mit Hilfe der Klassenjustiz die Arbeiter, die sich gegen die unaufrichtigen

hässlichen faschistischen und sozialfaschistischen Provokationen zur Wehr setzen, von einem entschlossenen Kampf abzuschrecken. Das Gegenteil ist der Fall. Das Verbot des KZB., dessen Mitglieder nun mit Gefängnis bestraft wird, zeigt, daß die sozialfaschistischen Minister dem Wehrmoll, Stahlhelm und Nazis den Weg zum offenen Faschismus freimachen.

In dieser Gesinnung werden die Arbeiter sich durch den ertiggen Terrorurteile nicht einschüchtern lassen, sondern den Ausbau des proletarischen Selbstschutzes in die Hand nehmen.

## Zweites KZB.-Verbot in Bayern

(Eig. Drahtbericht.) Eine Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern befaßt, daß die in der Bekanntmachung vom 6. Mai d. J. ausgesprochene Auflösung des KZB., einschließlich der Notenschriftkämpfer und ihre Zweigorganisationen und Einrichtungen, nunmehr mit Zustimmung der Reichsregierung auf das Gesetz zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 gestützt wird, daß ihr Zweck im Widerspruch zu diesen Bestimmungen steht. — Wie erinnerlich, war das Verbot des KZB. in Bayern und Oldenburg nur auf Grund des Republikstiftungsgesetzes erfolgt.

# „Antikriegsdemonstration“ gegen KPD.

## Was Herr Künstler in den SPD.-Kreismitgliederversammlungen vertieft

„Der Bezirksvorstand hat mit Absicht festgelegt, daß diese Antikriegslandgebung am 1. August stattfindet, an demselben Tag, an dem die KPD ihre verbrecherische Parteipolitik verankern will, um zu zeigen, daß nicht allein die KPD, die Straßen von Berlin beherrscht.“

Also der berühmte Lügen-Künstler in der Mitgliederversammlung des zweiten Berliner Kreises der SPD. Was bedeutet das? Das bedeutet: die sogenannte Antikriegslandgebung des Herrn Künstler richtet sich ausschließlich gegen die KPD! Nicht gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die einem neuen Krieg entgegenreißt. Nicht gegen die Imperialisten, die ganz bewußt auf diesen Krieg hinarbeiten, nicht gegen die Handelsherren, die von kolonialen Abzweigungen träumen. Nein, Herr Künstler organisiert eine Demonstration gegen die Partei Karl Liebknechts, gegen die Partei der Kämpfer wider den imperialistischen Krieg.

Angesichts dieser Tatsache erübrigt es sich wohl, darauf hinzuweisen, daß die SPD, selbst wenn der Künstler das antikommunistische Ziel der angeblichen Antikriegsdemonstration nicht so deutlich schon verraten hätte, daß die SPD moralisch einfach nicht mehr imstande ist, eine wirkliche Antikriegsdemonstration zu organisieren.

Sitzt sie doch mit der Partei der Rüstungsfabrikanten gegen die Sowjetunion, mit der Deutschen Volkspartei, in einer Regierung! Bewilligt sie doch den Etat der Kriegs- und Bürgerkriegsarmee in Höhe von 800 000 Millionen Mark! Gewähren ihre Minister doch allen der illegalen Aufzucht dienenden Industrie- und Verkehrsgruppen ungeheure Subventionen!

Ist es da nicht ganz klar, daß die SPD-Demonstration sich gegen die kommunistische Partei richten muß und gegen die Sowjetunion, für die heute die Kriegsgefahr so ernst ist wie nie seit den Tagen der imperialistisch-weißgardistischen Interventionskriege!

Aber das soll ja erst eine Vorprobe sein für den 11. August, an dem die revolutionäre Arbeiterschaft unter dem Druck des Terrors der Reichsbanner-Kollonaden gesetzt werden soll.

Herr Künstler hat das in der besagten Kreismitgliederversammlung also formuliert:

„Das soll nicht nur eine Verfassungsfeier, sondern eine politische Demonstration gegen rechts und links sein.“

Demonstration gegen rechts sagt man, Demonstration gegen links meint man. Darum wird der KZB. verboten und der Stahlhelm erlaubt.

Apropos KZB. und Stahlhelm. Der „Vorwärts“-Redakteur Schwarz wurde dieser Tage in der Mitgliederversammlung des 4. Kreises (Prenzlauer Berg) gefragt, warum der Stahlhelm nicht verboten werde, da man doch den KZB. verboten habe, worauf Schwarz erwiderte: „Das Stahlhelmverbot ist eine Frage der politischen Macht!“ Als ob die SPD-Führung jemals auch nur daran gedacht hätte, den Stahlhelm zu verbieten! Im Gegenteil: sie gebraucht ihn zum Kampf gegen den Kommunismus, zur Auffüllung der Kriegsarmergie gegen die Sowjetunion.

Und wenn Herr Schwarz am Schluß seines Referats in himmelstürmender Pathetik schrie: „Maschinengewehre für die Republik! Barrikaden gegen die Reaktion!“, dann wollen wir den Herrn doch ein wenig auf die Erde zu den tatsächlichen Verhältnissen zurückholen und ihn daran erinnern, daß am 1. Mai und bei vielen anderen Gelegenheiten in der letzten Zeit die Gewehre allerdings sehr oft losgegangen sind. Gegen wen — das brauchen wir wohl nicht zu sagen, da das Blut der getöteten Proletarier noch nicht getrocknet, die Wunden der Verletzten noch immer nicht geschlossen sind.

Zollerhöhung, Unternehmersubventionierung, Steuererhöhung für die Reichen, Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung, Beförderung der reaktionärsten Offiziere — sind das Barrikaden gegen oder nicht vielmehr für die Reaktion?

Revolutionäre Lyrik des Herrn Schwarz kann nicht über die konterrevolutionäre Praxis der gesamten SPD-Führung und über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Arbeiter Belohnungen annehmen und Demonstrationen durchführen werden gegen die sozialimperialistischen Kriegstreiber und ihren Befehlshaber. So wahr es eine Klassenbewusste Arbeiterschaft gibt, — so wahr wird der 1. August nicht im Zeichen des Lügen- und Mord-Künstlers, sondern unter den revolutionären Besungen der kommunistischen Antikriegsdemonstration stehen.

# Wirtschafts-Chronik

Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Die Ergebnisse der Stichtzählung bei den Arbeitsämtern am 15. Juni 1928 und 14. Juni 1929 zeigen das Wachstum der Arbeitslosigkeit:

	Zahl der Arbeitslosen:		
	männliche	weibliche	zusammen
15. Juni 1928 . . .	831 001	284 106	1 115 107
14. Juni 1929 . . .	1 037 066	364 942	1 402 008
Zunahme:	206 065	80 836	286 901

Die Zunahme der unterstützten Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahre beträgt also etwa 287 000 oder 25 Prozent. Der tatsächliche Zuwachs ist weit beträchtlicher, denn heute ist ein noch größerer Teil der Arbeitslosen als im Vorjahre von der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen.

Einnahmesteigerung bei der Reichsbahn. Die Lage der Reichsbahn zeigt auch im Monat Juni eine beträchtliche Besserung. Die Wagengestellung ist von 3,92 Millionen im Mai auf mehr als 3,93 Millionen im Juni gestiegen.

Die Bilanz im Monat Mai zeigt eine Gesamteinnahme von 481,5 Millionen Mark (April 1929: 430,5). Die Steigerung der Einnahmen beträgt also 21 Millionen Mark im Vergleich zum Vormonat. Ein Vergleich mit dem Vorjahre (Juni 1928) zeigt uns eine Zunahme der Wagengestellung um 6,4 Prozent! Trotz des Anwachsens von Versand und Einnahmen wurde eine Einschränkung des Personals von 672 140 im April auf 669 738 im Mai vorgenommen.

Teilbelegung in der Textilindustrie. Der neue Zwangsentscheidungsprozess in der Textilindustrie steht in engem Zusammenhang mit einer Konjunkturbebung in der Wollindustrie, worüber die „Kölnische Zeitung“ berichtet: Die Wollindustrie

befindet sich in günstigerer Lage. Trotz der gesunkenen Rohstoffpreise hat sich der Auftragseingang in den letzten Wochen belebt und der Beschäftigungsgrad nähert sich dem normalen Stand. Die Kammgarnspinner arbeiten mit vollem Betrieb und sind auf etwa 4 Monate vollbeschäftigt. . . . Die Strickgarnspinner haben sogar Aufträge bis Ende des Jahres in ihren Büchern. . . . Auch in der Wollweberei hat sich das Geschäft gebessert. Die Betriebe sind durchschnittlich auf etwa zwei Monate beschäftigt.“ Dagegen hält in der Baumwollindustrie die Absatznot an. Ende Mai wurden hier nur 60,95 Prozent der Leistungsfähigkeit ausgenutzt, gegenüber 71,47 Prozent vor drei Monaten.

Ford-Löhne von 1,50 Mark täglich bei 80 stündiger Arbeitszeit. Ford besitzt in Brasilien umfangreiche Gummipflanzungen. Über die hier gezahlten Löhne teilt die argentinische Zeitung La Vanguardia mit: Die Arbeiter auf den Plantagen in Goa Vista erhalten einen Lohn von 1 Schilling 6 Pence oder 1,50 Mark täglich, bei 80 Arbeitsstunden in der Woche. Nahrung und Wohnung für die Arbeiter sind äußerst schlecht. Die Plantagenarbeiter, die sich beschweren wollten, wurden mit Maschinengewehren „in Schach gehalten.“ — Das ist das wahre Bild von dem sozialdemokratischen Halbgoth Henry Ford. In jedem Lande versucht er, das Höchstmögliche an Arbeitskraft aus den von ihm beschäftigten Arbeitern herauszupressen, denn er versteht wohl: je niedriger der Lohn und je schneller die Arbeit, desto größer der Profit. Davon können auch die Berliner Ford-Arbeiter ein Lied singen.

Arbeitslosigkeit in England. Am 1. Juli d. J. wurden in England 1 142 400 Arbeitslose gegenüber 1 117 807 am 24. Juni und 1 217 478 am 2. Juli des Vorjahres gezählt.

# Breslau

## Heute sehr wichtige Funktionärsitzung

Alle Parteifunktionäre sowie die kommunistischen Funktionäre der Nebenorganisationen erscheinen heute Donnerstag, dem 25. Juli, um 20 Uhr, in der Bratslawia.

## Dedenelbruch ins Postamt 8

Heute nacht ist in das Postamt 8, Klosterstraße 48, Ede Mauriliusplatz, eingebrochen worden. Die Täter sind von den über den Räumen des Postamts liegenden Räumen des Wohlfahrtsamtes, Kreisstelle III eingebrochen. Sie haben die äußerst schwache D e d e n e l b r u c h s o f f t und sich an einer Wäscheleine herabgelassen. Im Postamt haben sie dann einen Geldschrank älteren Systems erbrochen und daraus gegen 80 Mark Bargeld entwendet. Die Täter wurden dann lebensfalls gefoltert und sind unter Zurücklassung der Einbruchwerkzeuge geflüchtet.

## Gauvorstandswahl bei den Buchdruckern

Bei der gestern abend stattgefundenen Ausschüttung der Stimmen für die Neuwahl des Gauvorstandes Schlesiens im Verband der Deutschen Buchdrucker wurden vom Gauvorort Breslau als Vorstandsmitglieder folgende Kollegen neu gewählt: für den stellvertretenden Gauvorortler der bisherige zweite Vorsitzende im Ortsverein, Feige, mit 687 Stimmen, als Schriftführer Flegert mit 707 Stimmen, als Beisitzer Löpfer mit 657, Paul mit 644 und Böllert mit 509 Stimmen.

## Kombinierte Versammlung des Stadtteils Nord

Freitag 19,30 Uhr im Lokal „Stadt Ramsau“, Matthiasstraße 212. Alle Partei-, Kote-Hilfs-, JAG-, wie alle ehemaligen KPD-Mitglieder haben rechtlos zu erscheinen. Letzte Vorbereitungen zum 1. August!

## Notstandsarbeiter!

Freitag, 19,30 Uhr, findet im Restaurant zum „Roten Löwen“, Kupfergasse 1, eine Obsteilung statt. Da es eine außerordentlich wichtige Sitzung ist, müssen die Baustellen, wo noch keine Obsteile vorhanden sind, dazu übergehen, sofort Vertrauensleute zu wählen und verlangen, daß alle Obsteile an der obigen Sitzung teilnehmen.

## Achtung, Frauen!

Wer will Sonnabend nachmittag mit uns nach Ohlau fahren? Alle Teilnehmer treffen sich Donnerstag 19,45 Uhr pünktlich vor dem Lokal „Bratslawia“, Mauritiusplatz. Fahrpreis etwa 80 Pfennig.

Wie gearbeitet werden muß. Der Genosse H. aus dem Stadtteil Zentrum besprach vor einigen Tagen während einer halbstündigen Frühstückspause auf seiner Notstandsarbeiterbaustelle die augenblickliche Lage zwischen Sowjetrußland und China. Gleichzeitig brandmarkte er das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie im Textilarbeiterstreik. Die Worte des Genossen sind nicht unverhallt geblieben, trotzdem er kein sogenannter „gewandter Redner“ ist. Er sammelte von der 12 Mann starken Belegschaft für die Textilarbeiter 2,70 Mk. und verkaufte 13 Broschüren, obwohl der größte Teil der Belegschaft Sozialdemokraten sind. Unser Genosse forderte die Kollegen auf, die „Volkswacht“, das Blatt des Verbands an den Arbeitern, hinauszujucken und das Blatt der Vertätigen, die „Arbeiter-Zeitung“, zu lesen.

Der angepinselte Hauswirt. Wir werden um Abdruck folgender ergötzlichen Geschichte ersucht: Als dieser Tage die Klebetonnen wieder in Bewegung waren, stand gerade der Hauswirt des Hauses Westendstraße 29, ein gewisser Mikolaj, vor der Haustür seines Grundstücks, an dem ebenfalls ein Zettel angeklebt wurde. Nun hat sich dabei der seine Stahlhelmann erlaubt, nach dem Winkel zu greifen und wollte die zwei Genossen der Polizei übergeben. Aber selber haben die Proleten das falsch verstanden und ihn sowie seine halbe Gehaltscheile dermaßen eingeleist mit Pfeißstoss, daß er nur noch sagte: „Ihr verfluchten Verbrecher und Kommunikegenfeind, ich werde euch schon zeigen, wo ihr hingehört!“ Dabei rief er von der Wand den frischgelebten Zettel herunter und sagte: „So, nun werde ich euch verlagern, die Adressen habe ich jetzt.“ Zu bemerken ist nur noch, daß doch gegen seinen bösen Willen gleich drei Zettel an seinem Hause kleben. Armer Stahlhelmannjunge!

## Mittelschlesien Programm

- zum Unterbezirks-Treffen des Kommunistischen Jugendverbandes am Sonnabend, dem 27., und Sonntag, dem 28. Juli, in Ohlau.
- Sonnabend
- 19 1/2 Uhr: Demonstration: Admarjch von Schmidt (über der Oder).
- 20 1/2 Uhr: Nichtbildervortrag bei Schmidt: „Aut-Mat in Berlin.“
- Sonntag
- 8 Uhr: Medien.
- 9 Uhr: Haus- und Hof-Propaganda des KJVB.
- 11 Uhr: Ring-Konzert.
- 13 1/2 Uhr: Demonstrations-Aufmarsch am Ring. Dortselbst sprechen Vertreter der Jugend, der Partei und der Frauen.
- Nachmittag: Gartenkonzert. Ab 19 1/2 Uhr: Auftreten der Roten Wlize.

Strehlen. Aus der Organisation. Alle Jugendgenossen, Parteigenossen, -genossinnen und Sympathisierende beteiligen sich am Sonnabend, dem 27., und Sonntag, dem 28. Juli, an der Antikriegskundgebung in Ohlau. Auftreten Sonntag früh 6 Uhr am Reitplatz. Alles mit Räbern. Kapelle Sonnabend 15,30 Uhr.

## Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
- Stadtkomitee, Seite II. Freitag, 20 Uhr, Selbstversammlung, Weichschloß, Weichschloß.
- Kommunistischer Jugendverband
- Ohlau der Jüge nach Ohlau Sonnabend, 17 1/2 Uhr. Treffpunkt: Halle Hauptbahnhof, 17 Uhr. Genossen, die zu Fuß gehen, treffen sich um 20 Uhr am Weichschloß, oben um 21 1/2 Uhr Mauritiusplatz.
- Donnerstag, Freitag, Probe der „Rote Wlize“.
- 20. Donnerstag, 20 Uhr, Gruppenabend, Weichschloß, Weichschloß.
- 21. Alle Genossen treffen Vorbereitungen für die Ohlaue Fahrt.
- Jung-Spartakus-Bund
- 17. Seite I und II. Donnerstag, 17 Uhr, Sonnabend, „Stadt Ramsau“, Mauritiusstraße 212.
- 18. Seite I. Alle Mitglieder des KJVB. Donnerstag, 20 Uhr, an bekannter Stelle.
- Sonstige Organisationen
- Arbeiterfrauen. Donnerstag, 16 bis 18 Uhr, Kleinfabrikarbeiten im Weichschloß.
- Arbeiter. Versammlung Arbeiterverband. Freitag, 20 Uhr, wichtige Mitglieder- Versammlung im „Kämpfer“.

# Ein Sozialdemokrat zum Polizeiüberfall

Täglich melden sich in der „Arbeiter-Zeitung“ neue Augenzeugen

Breslau, 24. Juli.

Während das Organ der Polizei, die schwarzweiße „Volkswacht“, sich schänkt vor jene Gummiknüttelhelden stellt, die am Sonntag auf Frauen und Kinder, auf Flüchtende, auf hingerichtete Arbeiter sowie auf wehrlose Gefangene eingeschlagen haben, melden sich in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ täglich neue Augenzeugen. Sowohl junge Proletarier als auch Arbeiter und Arbeiterinnen erscheinen, die ein Menschenalter in der Arbeiterbewegung stehen, und die uns voller Empörung Einzelheiten über den Polizeiüberfall schildern. Unter den Augenzeugen, die bei uns erschienen, befanden sich abgeklärte Proletarier und Arbeiterinnen, die in den 60er Jahren stehen, und die uns Beuten am Kopf und faulige blaue Flecke, die von brutalen Mißhandlungen der Prügelhelden herühren, aufzeigten. Nicht nur Kommunisten und Parteikollegen, sondern auch sozialdemokratische Arbeiter, die über die schändliche Verteilung der Polizeibestallungen durch die „Volkswacht“ erbittert sind, melden sich. Wir mühten mehrere Seiten unseres Blattes mit den Schilderungen von Augenzeugen füllen, wollten wir allen Empörten das Wort geben. Wir greifen deshalb die markantesten Schilderungen heraus. In unserer Redaktion erschien heute

der Arbeiter Artur Bauer, Uferstraße 49. Er gehört der Sozialdemokratischen Partei seit dem Jahre 1903 an. (Mitgliedsbuch Nr. 186 507) und ist seit langen Jahren im Sozialarbeiterverband organisiert.

Bauer bekundet, daß die Polizei in der Rosenthaler Straße wahllos auf vollkommen Unbeteiligte sowie auf Demonstranten, die ruhig ihres Weges gingen, eingeschlagen hat. Er hat ferner gesehen, wie ein Justizwachsmann die Polizei zum Einschlagen auf die Menge aufgestachelt hat.

Ein anderer Unbeteiligter schreibt uns mündlich: „Betreffs des am 21. Juli erfolgten Polizeiüberfalls auf harmlose Demonstranten melde ich mich hiermit als Zeuge und bekunde: In dem betreffenden Lage kam ich vom Schießwerberplatz als völlig Unbeteiligter an dem Demonstrationszuge (was ich durch Zeugen bestätigen kann) an die Rosenthaler Straße und sah bei dem Kaufhaus Kobowoski einen Knäuel Menschen. Kurz darauf kamen vom Schießwerberplatz mehrere mit Schupo besetzte Autos angefahren. Diese sprangen herunter und schlugen in barbarischer Weise auf den Demonstrationszug sowie Passanten auf dem Bürgersteige ein, welche sich den Vorbeimarsch ansahen. Weiter sah ich, wie ein junger Mensch, ungefähr 1,80 Meter groß, auf der Straße von mehreren Beamten mit dem Gummiknüppel traktiert wurde und als er sich umwandte (wahrscheinlich sich über Brutalitäten der ihn schlagenden Beamten äußerte), erhielt er noch mehr Hiebe und wurde danach abgeführt und unter Schlägen auf das Ede Wäldchen und Rosenthaler Straße stehende Auto geworfen. Alfred Hüner.“

Josef Brückner, Wiesenstraße 7, der an der Demonstration nicht beteiligt war, erklärt sich vor dem Gericht bereit, folgendes zu bekunden: „Gelegentlich des am Sonntagmittag in der „Klubera“ stattgefundenen Sommerfestes sah ich, in der Zeit um 5 Uhr 10 Mi-

nuten, wie Verhaftete beim Wegschaffen ins Auto brutal geprügelt wurden.

Ein Verhafteter hat 14 Schläge bekommen, bis er am Auto angelangt war, ein anderer erhielt 8 Schläge. Die Richtigkeit dieser obigen Angaben bestätigen mehrere Zeugen. 1. Frau M., Promnitzstraße 67/68. 2. Frau U., Augustastr. 73. 3. Emil Sch., Dittosstraße 1a. Wir bitten außerdem den „besseren Gelehrten“ Herrn, der von dem Schupobeamten verprügelt wurde, sich in der Redaktion zu melden.“

Eine andere Zuschrift lautet: „Unterschiedener teilte der Redaktion als Augenzeuge und Unbeteiligter der Vorfälle auf der Rosenthaler Straße folgendes mit: Ich ging mit meiner Frau und Kind im Kinderwagen um die Zeit der Vorfälle auf der Rosenthaler Straße spazieren. Wir hörten plötzlich einen Krach und sahen, wie alles durcheinander lief, und so wußte ich und meine Frau von der Menge in einen Hausflur gedrängt.

Ich sah durch die Scheibe des Hausflurs, wie ein Schupo vor dem Hause Rosenthaler Straße 53 einen Mann im Alter von ungefähr 40-45 Jahren mit dem Gummiknüppel mit fürchterlicher Gewalt über den Kopf schlug. Der Mann taumelte, griff nach seinem zuntergehauenen Hut und war dann in der Fülle der Menschen verschwunden. Der Mann ging auf dem Bürgersteige und hatte einen Spazierstock bei sich, gehörte nach meiner Ansicht nicht zu den Demonstranten. Erich Müller.“

## Das Polizeipräsidium schweigt

Herr Polizeipräsident Thalk, die politische Abteilung sowie die Pressestelle, die am Montag einen Bericht in die bürgerliche und sozialdemokratische Presse lancierte, der die Tatsachen auf den Kopf stellt, schweigt zu unseren Feststellungen. Sie wagen nicht mehr zu bestreiten, daß

1. die Polizei auf Unbeteiligte eingeschlagen hat,
2. daß Flüchtende und Geflüchtete mit dem Gummiknüppel bearbeitet wurden,
3. daß Genosse Thoma trotz Presseausweises zu Boden geworfen und flüchtend wurde, weil er sich um den Abtransport eines am Boden liegenden Arbeiters bemühte,
4. daß die Schupo wehrlose Gefangene auf den Transportautos vielfach mißhandelt hat,
5. daß Anzeigen konstruiert wurden, die jeder Grundlage entbehren,
6. daß ein Provokateur, der durch Einschlagen auf einen Beamten das Signal zu einer Gummiknüppelattacke gegen die Demonstranten gab, nicht flüchtend wurde, und später, als er von einem Ordner geahndet wurde, polizeilichen Schutz erhielt.
7. die Polizei nicht „hinterlistig“ aufgefordert wurde, in das Lokal „Erholung“ zu kommen; vielmehr sollte sie nur einen Sanitäter besorgen.

Wir werden dafür sorgen, daß dieses Schweigen gebrochen wird und die gesamte proletarische Öffentlichkeit erfährt, wie es mit der „Volkspolizei“ im ersten Jahre des Bestehens der Polizeirepublik bestellt ist.

# Der „qualifizierte Kreis“

Von der Bezirksleitung Schlesiens der KPD. wird uns geschrieben: „Ein qualifizierter Kreis hatte sich eingefunden...“ („Der Kämpfer“, Organ der Hausanier.)

Wozu? — Zu einer Aussprache über den Weg zum Sozialismus. An dieser Aussprache hat sich ein wirklich „qualifizierter“ Kreis beteiligt. Da war zum Beispiel der „linke“ Sozialdemokrat Dr. Edelstein. Außerordentlich qualifiziert für eine Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen auf kommunalpolitischem Gebiet. Auch als radikaler Phrasendrescher ist dieser gute Mann hochqualifiziert. Dann Herr Schramm, ebenfalls „linke“ Sozialdemokrat und Stadtrat, dem die Forderungen der rechten Sozialdemokraten im Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband viel zu weitgehend waren. Dreißig Jahre systemlose Opposition in der SPD. hat dieser Mann hinter sich, und heute ist er als Unternehmer-Vertreter ebenfalls hochqualifiziert. Ferner August Thälheimer, von dem sein politischer Verwandter, Paul Levi, vor Jahren behauptete, er sei zum „August“ wirklich qualifiziert. Außerdem Richard Wanden, der Konstrukteur für theoretischen Unfuss; Reinhold Steffen wiederum ist für andere Dinge qualifiziert, dafür legt er im Inzeratenteil des „Kämpfers“ Zeugnis ab.

Viele andere gehören noch zum „qualifizierten Kreis“, wir wollen sie nicht alle aufzählen. Jeder hat seine individuellen Eigenarten, aber alle zersetzende Elemente in der Arbeiterbewegung sind sie allesamt qualifiziert. Zur Verleumdung der KPD. auch. Mitunter verleumdend sie sogar ganz unqualifiziert, wie zum Beispiel bei ihrem Buwajschwindel.

Die KPD. ist ja nun wirklich nicht ein so löch qualifizierter Kreis. Wir Kommunisten haben nicht einmal Verständnis für ihre „Einheitsfronttaktik“, mit der sie alle selbst die geschichtliche Entwicklung

überlisten wollen. In diesen Tagen hat die Bezirksleitung der KPD. das zweite „Einheitsfrontangebot“ der Hausanier bekommen. Am 1. August wollen sie zusammen mit der KPD. demonstrieren. Am 1. Mai wollten sie das auch, aber nur unter bestimmten Bedingungen. Das wurde eben wegen der Bedingungen abgelehnt, und diese braven Leute haben dann bedingungslos mit der SPD. demonstrieren. Darüber regen wir uns nicht einmal auf. Auch nicht über den zweiten Brief, der zwar im „Kämpfer“ als offener, aber bei uns wie jeder andere schon geschloffen abgeliefert wurde, ohne Vermerk, daß es sich um einen „offenen“ Brief handelt. Was uns da so alles vorgebracht wird, z. B. daß man die Arbeiterchaft mobilisieren müsse. Ja, ja, wenn wir das jetzt nicht durch die Hausanier erfahren hätten, dann wäre aus dem ganzen Antikriegstag nichts geworden. Aber eins macht uns Kopfschmerzen. In der Mai-Broschüre der Brandler-Hausen-Gruppe wird die KPD. beschuldigt, sie wolle am 1. August einen Putz machen, ein „neues Verbrechen“ begehen. Und nun wollen sie zum 1. August mitputzen. Merkwürdig! Vielleicht gehört das zum Kreis „lauff des „Qualifizierten“. Auf der politischen Drehscheibe sind sie scheinbar auch als Strokatzen qualifiziert. Es scheint also tatsächlich sehr notwendig, daß die Hausanier über den „Weg zum Sozialismus“ diskutieren, denn im Kreislauf kommt man nicht dorthin.

Ubrigens müssen sich die Herrschaften klar werden, solange sie unter falscher Flagge jegeln und auf Dummenfang ausgehen; solange sie Organisationsgenossen zum Beispiel der Roten Hilfe festlegen; solange sie in Flugblättern die KPD. beschuldigen, die Geschäfte der Unternehmer zu besorgen, wie jetzt im Textilarbeiterkampf; solange sie ausgemachte Schwindelmeldungen bringen, wie bei der Buwa-Angelegenheit, ohne zu berichten — solange wird die KPD. diese „Einheitsfrontangebote“ nicht einmal beantworten.

# Riesenbetrug bei Stiebler vor Gericht

Einer der Leiter des „Christlichen Vereins Junger Männer“ zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt

Die seinerzeit großes Aufsehen erregenden Veruntreuungen in dem Kolonialwaren- und Feinlebensmittelgeschäft der Firma Otto Stiebler wurden gestern, Mittwoch, vor dem Schöffengericht verhandelt. Der Hörsaalraum war überfüllt. Angeklagt waren der 42 Jahre alte Abteilungsleiter der Firma Stiebler, Konrad Eisner (wie wir bereits meldeten, einer der Leiter des Christlichen Vereins junger Männer!), und die 53 Jahre alte Gastwirtin Martha Jahn, Inhaberin der Gastwirtschaft Schwebenschanze in Dömitz. Dem ersten Angeklagten wird Betrug, Untreue und Urkundenfälschung, der Frau Jahn Betrug zur Last gelegt. Die Straftaten wurden in den Jahren 1925 bis 1929 verübt. Eisner hatte bei der Firma eine Vertrauensstellung. Er war im Hauptgeschäft als Abteilungsleiter mit einem Einkommen von 8500 Mark pro Jahr tätig. Frau Jahn soll ihn im Jahre 1925 dazu verleitet haben, ihre Einkünfte nicht durch die Kasse gehen zu lassen. Als die Sache herauskam, legte Eisner sofort ein Geständnis ab. Während er in der Verhandlung sein Geständnis wiederholte, bestritt Frau Jahn, wie im Vorverfahren, jede Schuld. Die Hauptbelastung gegen Frau Jahn waren die Zeugnisaussagen durch Eisner, ferner die Angaben des Detektivs Dr. P., dessen sich Eisner bedient hatte, und Redemondungen, die Frau Jahn einem anderen Zeugen gegenüber gemacht hatte.

Der Staatsanwalt hielt die Schuld beider Angeklagten für erwiesen und beantragte gegen Eisner zwei Jahre, gegen Frau Jahn eineinhalb Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte dieselben zu je eineinhalb Jahren Gefängnis. Eine Bewährungsfrist wurde nicht bewilligt.

## Eine 75jährige wegen Rupperei verurteilt

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Schöffengericht gegen die 75jährige Besitzerin des Hotels „Oberhof“, Ritterplatz 8. Sie war wegen Rupperei angeklagt. Durch die Zeugnisaussagen, die Gutachten und die Eintragungen im Fremdenbuch wurde während der Verhandlung festgestellt, daß das genannte Hotel ein Absteigequartier mit bordellähnlichem Betrieb ist. Auch von Jagdschlüssen wurde es aufgeführt. Die Besitzerin hat den Betrieb gelassen und ihn nicht abgestellt. Sie wurde zu neun Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 600 Mark verurteilt. Da die Verurteilte aber 75 Jahre alt und noch unbekannt ist, soll die Strafvollstreckung auf drei Jahre ausgesetzt werden, doch soll die Geldstrafe von 2400 Mark, zahlbar in Monatsraten zu 400 Mark zu entrichten. Ihr mitangeklagter Sohn wurde freigesprochen.

# Waldenburger Bergland

1919

Sehn Jahre

1929

## Kommunistische Bewegung im Kohlenrevier Waldenburg

Arbeiter Waldenburgs! Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der kommunistischen Bewegung im Waldenburger Revier rufft euch die kommunistische Partei zu Kundgebungen an folgenden Orten und Plätzen auf: Gottesberg: Freitag, den 26. Juli, 18.30 Uhr, auf dem Ring; Weißstein: Sonnabend, den 27. Juli, 19 Uhr, in der „Gemeindehalle“; Wüstegiersdorf: Sonntag, den 28. Juli, 9 Uhr, Lokal zur „Sonne“.

### Zentrale Kundgebung des Unterbezirks

in Sandberg, Lokal „Hotel Sandberg“. Antreten zur Demonstration 14 Uhr, in der Friedländer Wäussee. Von hier aus geschlossener Abmarsch durch Waldenburg-Altwasser nach Sandberg. Redner in diesen Kundgebungen: Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber und Genosse A. Schulz.

Arbeiter! Genossen! Die zehn Jahre unserer Parteigeschichte sind zehn Jahre des unaufhörlichen, wechselvollen, opferreichen, schweren und heldenmütigen Klassenkampfes der Arbeitermassen. Zehn Jahre nach der Novemberrevolution herrscht in der kapitalistischen Republik schlimmste Ausbeutung, härteste Unterdrückung. Der Ausbruch neuer Kriege steht bevor! Eine breite Unternehmertossenside und der wachsende Widerstand der Arbeitermassen zeugen von der gewaltigen Verschärfung der Klassengegensätze. In diesen Kämpfen gibt es nur eine Führerin der Arbeiter, die kommunistische Partei! Darum, Arbeiter zu uns! Heraus zu den Kundgebungen! Trete! geschlossen an! Reißt euch ein in unsere Kampfeszucht!

Kommunistische Partei, Unterbezirk Waldenburg.  
Kommunistischer Jugendverband, Unterbezirk Waldenburg.

### Neue Kraftpolsterverbindung

Von heute ab wird ein Kraftwagen um 7.50 Uhr von Dausdorf, Brauerei, aus täglich nach Waldenburg verkehren; Ankunft Waldenburg, Postamt, 8.30 Uhr. Auf diese Weise wird es ermöglicht, früher in Waldenburg zu sein als mit der Eisenbahn.

### Schweidnitz

#### Ein tapferer Held

Ist Herr König, seines Zeichens Schuhmachermeister, und eine der treuesten Säulen des Schweidnitzer Stahlhelms. Er wohnt Langstraße 9, in einem der bevölkerlichsten Proletarierquartiere. Sogar die Arbeiterkinder trifft sein Hah, denn sonst könnte man es nicht verstehen, daß er von dem Wirt des Nebenhauses (also nicht mal vom eigenen) verlangte, er solle den im Hof spielenden Kindern den Aufenthalt im Hof verbieten, den ihn (König) störe der Lärm. Nun, der Hauswirt hatte mehr Verstand wie der saubere Stahlhelmbild und lehnte ab. Nun erklärte König, dann würden er oder seine Frau die Kinder selbst mit der Klopppeitsche zur Ruhe zwingen oder er würde die Polizei holen. Nach der bisherigen Einstellung der Schweidnitzer Polizei zum Stahlhelm ist anzunehmen, daß sie zur Beruhigung der nationalen Nerven vielleicht einen Posten im Hof aufstellt, der Kindermädel spielt. Wir können bloß dem hinterlistigen Stahlhelmschuster verraten, daß er evtl. selbst mal die Klopppeitsche zu spüren bekommen wird.

#### Und das ist keine Aufstörung?

Schweidnitz hatte am Sonnabend und Sonntag seinen großen Tag, ein Treffen der schlesischen „nationalen“ Kraftfahrerverbände. Wir können nur feststellen, daß diesmal die Polizei nicht nur die Augen, sondern auch die Ohren verschlossen hatte. Schlimm war es schon in der Sonnabendnacht, aber stuchend und schimpfend empörten sich viele Einwohner in der Sonntagnacht. Ein Toben, ein Knattern, förmliches Affordüben auf den Signalhupen die ganze Nacht bis zum Morgenrauen. Von polizeilichem Einschreiten keine Spur. Die hörte und sah nichts. Ja, wenn es sich um Arbeiter gehandelt hätte! Herr Polizeibezirk, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung werden wir Antwort verlangen!

in verschiedenen Branchen nicht wie vor der Ausperrung acht, sondern neunzehn Stunden gearbeitet, trotz der Hitze. Lohnzahlungen stehen unter Vorbehalt. Wer das vorgelegte Diktat nicht unterschreibt, liegt auf der Straße. Die Gewerkschaftsführer stehen in passiver Resistenz und behageln Kommunisten durch Ausschlußverfahren.

Arbeiter, pariert den Schlag, rüstet zu erneutem Kampf!

### Bayreuth

#### Ein zweiter Betriebsunfall bei der Kanalisation

Bei den Kanalisationsarbeiten der Firma Friedrich (Stein- schmeißer) am Feldschlößchen ereignete sich am Mittwochvormittag der zweite Betriebsunfall in einer Woche. Durch die ungenügende Ab- steifung der Schächte kamen die Erdmassen ins Rutschen und verschütteten den Arbeitstollen W. Neumann aus Bayreuth. Die Arbeitskollegen befreiten ihn sofort aus seiner schwierigen Lage, und er mußte sofort mittels Krankenautos ins Krankenhaus gebracht werden.

Wo bleibt hier die Baukontrolle? Ist es nicht leichtfertig, Arbeiterleben so aufs Spiel zu setzen? Aber auch die Arbeitskollegen der Baustelle trifft der Vorwurf. Deshalb verlangen sie nicht die Beseitigung dieser Zustände?

### Bunzlau

#### Der ist der Schläger?

Oberhalb der Niedermühlbrücke badeten mehrere junge Leute im Bober. Pöhlisch wurden aus dem Hinterhalt mehrere Schüsse abgegeben, durch welche zwei Bäderlehrlinge und ein Arbeiter, sämtlich aus Tilsenborf, verletzt wurden. Die Verwundeten mußten sich zum Arzt begeben. Insgesamt wurden fünf Schüsse gezählt. Der Täter ist unbekannt.

### Grünberg

#### Der geschäftstüchtige Pfaffe

Der Dezent der evangelischen Jungmännervereins forderte vor einigen Tagen vom Arbeitsamt acht Arbeitslose zum Planieren und Erdarbeiten nach dem Erholungsheim „Waldwinkel“. Für die Stunde wurden ihnen 65 Pfennig versprochen, wenn diese Arbeit in ein paar Tagen erledigt würde. Die Arbeit wurde in zweieinhalb Tagen geleistet. Aber der Arbeitslose denkt, und der Pfaffe lenkt! So auch hier. Der Pfaffe Geißler als Leiter des evangelischen Jungmännervereins bekam einen Anfall. Er fand, daß die Arbeits- losen noch zu wenig geleistet hätten. Er gab bekannt, da die Arbeit nicht schnell genug erledigt wurde, gäbe es nicht 65, sondern nur 60 Pfennig die Stunde. Kranken-, Invaliden- und Arbeitsversiche- rung verweigert er gleichfalls zu entrichten. In der Kirche wird satzung- voll gepredigt: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!“ So steht die christliche Praxis aus!

#### Ein zehnjähriger Knabe zu Tode gequetscht

Als vorgestern ein mit Bier beladener Wagen in Alten- lohm in das Gehöß des Bergerischen Gasthauses einfuhr, geriet der zehnjährige Sohn des Arbeiters Lemberg zwischen den Wagen und die Hauswand. Der Knabe wurde an die Wand gedrückt und zu Tode gequetscht.

### Liegnitz

War der Kriminaler bei der Prostituierten? Vor dem Schöffengericht stand die 44jährige Prostituierte Emma Kischel, weil sie von einem Kriminalbeamten erzählt hatte, er habe mit ihr intim verkehrt und sie nur ins Krankenhaus eingeliefert, weil sie das später nicht mehr gebuhlet habe. Da an den Behauptungen nichts Wahres sein soll, erhielt sie wegen übler Nachrede zwei Wochen Haft.

## Niederschlesien

### Görlitz

## Werbeabend

für die antifaschistische Wehrhaftigkeit!

Freitag, den 26. Juli, 20 Uhr  
Restaurant Felsenkeller, Sonnenstraße

Parteigenossen und Sympathisierende erscheint zahlreich!

bei Ballspiel, Sacklaufen, Würfelspringen usw. Die Erwachsenen kämpften mit mehr oder weniger Glück um Preise, die es am Schieß- stand und in der Regelbahn zu erringen galt. Mit einigen kurzen Worten wies Genosse Paender auf die Notwendigkeit hin, die Kinder im Jung-Partialis-Bund zu organisieren. Bis in die Nacht hinein blieben die Teilnehmer beisammen.

Todesfahrt auf dem Motorrad. Zwischen Neukretscham und Lichtenberg überschlug sich infolge Kettenbruchs das Motorrad eines P. Müller aus Berlin. Der Führer erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Seine Frau wurde leichter verletzt. Der Verunglückte war 36 Jahre alt.

### Sagan

#### Die Knochenmühle mahlt wieder

A. P. Dieser Ausdruck ist jetzt oft aus dem Munde verbitterter Arbeiter vor dem Fabrikator von Moos-Loew-Beer zu hören. Das Verfaumte muß wieder rausgequetscht, die Beistellungen schnell erledigt werden, die Hehrgagd ist in vollem Gange. Jetzt wird

### Radrennbahn Grünziche



Freitag, den 26. Juli, abends 8 Uhr  
Großer Preis der WUWA  
100 km-Dauer-Rennen

Müller, Krewer, Lowanow, Hille  
Schleichbaum, Thomas

Meisterschalls - Revanche  
Engel, Knappe

2 Fikschitrennen

Verkauf: Vertriebsbüro Sagan, Zigarren-  
laden Ludw. Buschestr. 3/4 und  
Krieg 42, Ramen, Wrasompt. a. Albrecht-  
straße 3 u. beim Bauhauwärtler Berger

Training: heute Abend 8 1/2 Uhr

Kollerei Hermann Walter  
Breslau, Gohlfstraße 30

Milch - Butter - Eier - Käse

B. Thiemann, Beerdigungs-Anstalt  
Breslau 10, Matthiasstr. 124

Feruarf 21 602  
Inhaber: Erich Müller

### WEINE

## Herzberg & Co.

Nischenstraße 48  
Lichtenstraße 16  
Kolonienstraße 17

Michlerplatz 17  
Kocherstraße 64  
Michaelisstr. 3

sind deshalb so erstaunlich billig,  
weil sie in dem In- und Auslande in  
ganzen Waggons  
bezogen und sofort bezahlt  
werden

Rotwein . . . Flasche 1.10

Süßwein rotodergelb . . . 1.20

Cyber s.a.s . . . 0.65

Johannisbeerwein s.t.B. 0.85  
Wermutwein s.a.s . . . 1.35



## Debege

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft  
Das bevorzugte Kredithaus der Beamtenwelt

BRESLAU

Junkernstr. 38/40

Gründl. am Ursprungsplatz

Das ist ein „Montana“-Fahrad,  
ein wirkliches Meisterwerk, mit jeder Garantie  
von der „Debege“ geliefert.

Neu aufgenommen!  
Herren-Fahrad Halbrenner  
Flache „Montana“ mit Stahlrahmen  
u. Vorderradverstellbarkeit  
s. Verzeichnis der Modelle  
s. Verzeichnis der Modelle  
s. Verzeichnis der Modelle  
132.-

Herren-Tourenrad  
Flache „Montana“ mit Stahlrahmen  
Lager, Schwinge, Dämpfer,  
mit Doppelbremse, s. Verzeichnis  
mit Werkzeug, Reparatur- u. Reparatur-  
s. Verzeichnis der Modelle  
117.-

Damen-Tourenrad  
Flache „Montana“ mit Stahlrahmen  
Lager, Schwinge, Dämpfer,  
mit Doppelbremse, s. Verzeichnis  
s. Verzeichnis der Modelle  
125.-

8 Monats-Raten  
Ohne Anzahlung  
Fahre gleich — Zahle später!

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung  
Wäsche und Konfektion  
eigener Herstellung — Gelegenheitsposten  
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

Moderne  
Kinderwagen  
25.-

Fleisch- und Wurstwaren  
Richard Krusch  
Verkaufsstellen:  
Adalbertstraße 13, Klosterstraße 49  
Matthiasstraße 166, Ohlauer Str. 87  
Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

35.-, 29.-, 27.-  
Suchante  
Ohlauer Straße 35  
Ecke Taschenstr.

B. Pohl  
Beste und billigste Bezugsquelle  
ff. Schokolade  
Kakao — Konfitüren  
Leb- und Honigkuchen  
Keks — Waffeln und Zwieback  
Verkaufsstellen:  
in allen Stadtteilen Breslaus

2 Betten  
ausb. poliert mit  
Spiral u. Aufslag.  
Marf 150.-  
Möbelhaus Scholz  
Piahlstr. 132

Beerdigungsanstalt  
C. Heymann  
Bestattung- u. Versicherung  
Ueberführung  
und Feuerbestattung  
Klosterstr. 97 — Zweiggeschäft Gräb-  
schener Straße 87 — Telefon 587 47

Sämereien  
Vogelfutter  
Futtermittel  
Richard Schwella  
Matthiasstraße 185  
Ecke Weinstraße 85

Kolonialwaren, Konfitüren  
Zigarren, Zigaretten  
Futtermittel, Sämereien  
Vogelfutter  
Georg Bänsch  
Striegan, Liegnitzer Str. 1

Schuh-  
waren  
kaufen Sie gut und  
preiswert  
bei  
H. Gruhn  
Schweidnitz  
Markt 22

Lebensmittel  
kaufen Sie gut und billig bei  
Will Hanke  
Schweidnitz, Langstraße 29

# Proletarier aller Länder vereinigt euch!

## Die internationalen Grenztreffen

### in Beuthen u. Ziegenhals am Sonntag, dem 28. Juli

setzen die Worte von Karl Marx in die Tat um. Rüstet darum zum Aufmarsch der deutschen, tschechischen und polnischen Arbeiter!

## Oberschlesien

### Gleiwitz

#### Siegt ein Mord vor?

Vor kurzer Zeit meldeten wir, daß am Germaniaplatz 10 die bei einem Fräulein Schlegler in Dienst stehende Hausangestellte Helene Janeschli aus dem im zweiten Stock gelegenen Fenster gestürzt ist. Damals wurde nach dem Polizeibericht ein Unglücksfall angenommen. Neueste Ermittlungen ergaben, daß wahrscheinlich ein Mordfall vorliegt. In der Nacht des Todesurteils der J. sollen dort im Hause Hilferufe gehört worden sein. Die Polizei ermittelte, daß sich die J. infolge der öfteren Streitigkeiten zwischen ihrer Dienstherrin und einem Monteur Willy Berger, mit dem die Sch. verkehrte, nicht mehr sicher fühlte. Berger, der im Verdacht steht, den Tod der J. verschuldet zu haben, wurde sofort festgenommen und befindet sich noch in Untersuchungshaft. Ob gegen Fräulein Schlegler wegen Begünstigung von Seiten der Staatsanwaltschaft noch eingeschritten wird, steht augenblicklich noch nicht fest. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

#### Rüge zum Grenztreffen

Für alle diejenigen, die nicht mit dem Auto zum Grenztreffen fahren, geben wir hier die geeignetsten Abfahrtsstellen mit der Hauptbahn bekannt:

Gleiwitz	ab	8,13	9,29	10,38 Uhr
Ludwigslind		8,28	9,44	10,53 Uhr
Barßdorf		8,38	9,58	11,01 Uhr
Bobref.		8,42	10,02	11,07 Uhr
Beuthen	an	8,47	10,07	11,12 Uhr

#### Zahlung der Kleinrenten

Die nächste Zahlung der Kleinrenten für den Monat August 1929 an die Kleinrentner der Stadt Gleiwitz sowie die eingemeindeten Stadtteile Richterhof, Ellguth-Jahrze und Jernitz mit Ausnahme von Sosniza finden am Donnerstag, dem 1. August 1929, und zwar in den Vormittagsstunden von 8—11 Uhr in den Räumlichkeiten des Stadttheaters Gleiwitz auf der Wilhelmstraße 28 statt. Pünktliche Abholung der Renten und das Mitbringen der Ausweisarten ist unbedingt erforderlich.

### Hindenburg

#### Der Preuhag-Kumpel auf dem Delbrüschacht

A. R. Als die Betriebszeitung Nr. 6 der Preuhag-Kumpel erschien, wurde er mit Jubel von den Arbeitkollegen empfangen. Die Verwaltung mit ihren Spitzeln und den unliebsten Antreibern waren dagegen vollständig aus dem Häuschen geraten. Der Bergreferendar Weigelt lobte und fluchte in seiner Abteilungsbesprechung das Fenster im Pfeiler wackelte. Anstatt „Glückauf!“ zu sagen, sagte er den Kumpeln: „Auf meiner Abteilung sind die größten Gefahren. Daß man mich auf der ganzen Anlage so schlecht gemacht hat, ist nicht schön.“ Als er aber einige Nächte durchgeschlafen hat, beruhigte er sich und erklärte den Arbeitern: „Ich mache mir ja nichts drauß, je mehr die Arbeiter auf mich schimpfen, desto besser bin ich bei meinen Vorgesetzten angeschrieben. Ihr könnt ja über mich schreiben, was ihr wollt.“ — Wir glauben ihm das ja nicht, denn was der Preuhag-Kumpel schreibt, ist nicht nur einfaches Geschreibsel, sondern geht in die Herzen der Arbeiter über, und die werden dann auch solche Leute richtig zu behandeln wissen.

Es gibt ja noch mehr, was hier so allen Kumpeln unterbreitet werden muß. Da ist z. B. noch der Aufsicher Schubert, der jeden Proleten, sogar andere Aufsicher und Steiger, bei dem Bergverwalter Sagner beschmachtet.

Wer etwas Näheres über diesen Mann erfahren will, braucht nur die Jahre 1914—15 im „Goldenen Buche der Landesverteidigung“ nachzuschlagen. Da werden wir ihn finden bei der „bergmännischen Arbeit“ des Graupen- und Spederverlaufes. Und heute will dieser Mann wiederum den Krieg haben, weil sich dann „was machen“ läßt. Deswegen treten auch alle diese „Delben“ in den Kriegerverein ein. „Leider“ ist es aber so, daß heute Leute aus dem Kriegerverein nicht mehr so für Aufseherposten in Frage kommen, sondern nur Sozialdemokraten und Christen aus dem Betriebsrat. Die Spedisten Rutte und Grichol haben Besuche eingereicht, und es besteht Aussicht, daß sie angestellt werden. Warum sollte die Verwaltung auch kein Interesse an ihnen haben? Sie sind doch von der Garde des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Dittowill.

Bei dieser Gelegenheit wäre auch noch zu erwähnen, daß gegen die Verwaltung eine sehr schmutzige Affäre im Gange ist und denken dabei an die Geschichte des Oberwächters Scholtschke, mit der sich der Staatsanwalt befaßt wird. Was zu dieser Zeit werden wir ein wachsames Auge haben und die Maßnahmen der Verwaltung abwarten, die sie gegen die großen Spitzhunden unternehmen wird. „Schön ist es aber nicht“ von der Verwaltung, daß sie die Kriegervereine so zurücksetzt. Einige davon haben schon die Röhren weggeworfen und wollen von jetzt ab sich gewerkschaftlich organisieren. Der Preuhag-Kumpel begrüßt diesen Akt mit „Rot Front!“

#### Eine Schuginsel

An der Kochmann-Ecke ist in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch eine Verkehrs-Schuginsel errichtet worden. Die Schuginsel hat schon lange dort gesteckt, denn wer zur Straßenbahn wollte, war immer der Gefahr ausgesetzt, überfahren zu werden.

### Beuthen

#### Das Gesundheitsamt fordert Tote zur Nachuntersuchung auf

Nach einem dreiwöchigen Krankenlager im städtischen Krankenhaus ist die Tochter des Wächters und Kriegsinvaliden R. an Tuberkulose am 26. Juni d. J. gestorben und wurde am 29. Juni beerdigt. Nach 11 Tagen erhielt die Verstorbene eine Vorladung, sie solle sich am 11. Juli 1929 zu einer Nachuntersuchung im städtischen Wohlfahrtsamt, Zimmer 20, melden. Die Tote konnte leider dem hiesigen Wunsch des Wohlfahrtsamtes nicht nachkommen. Sie wird hoffentlich dadurch keine Nachteile haben, Herr Wohlfahrtsamtsleiter?

Uns zeigt die Vorladung an eine Tote wieder einmal, was für eine Herrschaft am Wohlfahrtsamt herrscht. Wenn einfach die

Nummer eines Armen dran ist, erhält er vom Amt eine Vorladung, unbestimmt darum, ob er überhaupt noch am Leben ist. Diese Wirtschaft ist ein Beweis, daß sich das Wohlfahrtsamt einen Dreck um die Not und das Elend des Proletariats kümmert.

#### Beim Baden ertrunken

In einem Teiche an der Dombrowlaer Straße ist am Dienstagnachmittag ein junger Mann ertrunken. Es handelt sich um den tauchtauchenden Schülerlehrling Erich Baron aus Beuthen. Sofort unternommene Rettungsversuche von Mitbadenden blieben erfolglos.

#### Feuer — Menschenleben in Gefahr

Freitagabend entstand in dem Hause Hohenzollernstraße 10 ein Kellerbrand. Es wird angenommen, daß Brennholz in einem Keller sich von selbst entzündete. Das ganze Haus war in Rauchschwaden gehüllt. Verschiedene Hauseigentümer aus dem vierten Stock konnten nicht mehr über die Treppen ins Freie gelangen. Mit der Magirusleiter und Strickleitern holte die Feuerwehr die in Gefahr befindlichen Personen aus den Wohnungen heraus. Das Feuer konnte ohne größeren Schaden anzurichten bekämpft werden.

### Miedowitz

#### Philipp Madajski bestraft

Der Gemeindevorsteher i. V. (Kirchenvorstandsmitglied von Sankt Corpus) ist laut Verfügung der Regierung in Oppeln wegen großer Dienstverletzung mit einer empfindlichen Geldstrafe belegt worden. Anlaß zu dieser Bestrafung lieferte die grobe Mißhandlung eines Ordinariums in den Amtsräumen des Wohlfahrtsamtes. Außerdem hat der Mißhandelte Privatklage gegen den prügelnden Gemeindevorsteher i. V. angestrengt, und zu dieser Disziplinarbestrafung wird noch eine „Vorstrafe“ hinzukommen.

### Ratibor

#### Stadtverordneten Sitzung

Am Freitag findet, trotzdem es den bürgerlichen Stadtvätern sehr schwer fallen wird, eine Sitzung der Stadtverordneten statt. Die Tagesordnung weist eine ganze Menge von Punkten auf.

### Cosel

#### Mißerfolg des katholischen Gesellenvereins

Vor kurzem feierte der katholische Gesellenverein sein Jubiläumsfest. Trotz Aufbietung aller Kräfte war der Umzug mit den auswärtigen Vereinen ganze 30 Mann stark, davon aus Cosel neun Mann. Es ist sehr bedauerlich, daß noch Erwerbslose mitgehen.

### Sonntag, den 4. August, in Hindenburg:

#### Internationale Antikriegs-Konferenz

des KJVD. Oberschlesien

Habt ihr schon eure Delegierten gewählt? Meldet sie sofort an bei F. Jendrosch, Gleiwitz, Ebertstr. 26

# Jungproleten!



Die Rüstungsbetriebe und Chemiefabriken sind die Stützen des imperialistischen Krieges. Macht die Betriebe zu Burgen des Klassenkampfes gegen die Kriegsvorbereitungen. Demonstriert am 1. August. Organisiert euch im KJVD.

Außerdem veranstaltete die „Deutsche Jugendkraft“ ein Sportfest, das gleichfalls sehr glücklich ausfiel. Die Coseler Arbeiterschaft steht es endlich ein, daß die Kirche nur ein Werkzeug der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Die Konfessionsfrage hat so manchen zum Nachdenken gebracht. Dem Pfaffenstum werden mit Hilfe der SPD. Millionen in den Rücken gemworfen, auf der anderen Seite nagt die Arbeiterschaft am Hungertuche.

In der Stadt Cosel hat die Erwerbslosigkeit sehr wenig nachgelassen und beginnt wieder zu steigen. Die ausgebeuteten Erwerbslosen, die wegen Beschäftigung beim Bürgermeister (Zentrumsmann) vorsprechen wollen, werden einfach nicht vorgelassen. Auch der Magistratssekretär Burzil ist in diesen Angelegenheiten ein Gegner der Ausbeuterten. Die Glodeneinweihung in Cosel steht den Arbeitern noch in aller Erinnerung. Die schwerverdienenden Groschen wurden durch Sammlungen auch von den heute ausgebeuteten Arbeitern herausgepreßt. Bei großen Festgelagen wurden die Groschen der Arbeiterschaft verpulvert. Das sind die Erbschaften für diejenigen, welche während des Krieges zu Gramaten umgepflegt wurden, und die Arbeiterschaft im Waffentod damit zu Tode gebracht haben.

Die Arbeiterschaft muß daraus die Lehre ziehen, der Kirche den Rücken zu kehren und sich in die rote Klassenfront aller Ausgebeuteten einreihen.

### Groß-Sirehlitz

#### Vom Kreisstag

Kommunisten stellen Antrag für arme Unwettergeschädigte — Beilegung des Streikes am Krankenhaus

In der vergangenen Woche lagte nach langer Zeit wieder mal der Kreisstag. Ferienstimmung herrschte. Die deutschnationalen Kreisstagsabgeordneten erschienen gar nicht zu dieser Sitzung. Die Tagesordnung der Sitzung umfaßte sechs Punkte. Die meisten Punkte wurden sehr schnell, zum Teil ohne Debatte, erledigt. Genosse Wolf stellte bei Punkt 5, „Zuschuß des Kreises von 200.000 Mark zur Errichtung des Krankenhauses“, den Antrag, daß der Kreis sich durch Abgeordnete im Kuratorium vertreten läßt, da die Bewirtschaftung des Krankenhauses wieder können übergeben wird, deren Krankenpflege wir genügend kennen. Der Vorstand von Zentrumsmann und der Erzieher Lange wandten ihre ganze Kraft auf, diesen Antrag niederzutrapeln. Genosse Jaska sprach auch noch dazu, aber dennoch wurde der Antrag abgelehnt.

Zum Schluß wurde von der kommunistischen Fraktion ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der für die Unwettergeschädigten im Kreise, meistens keine Leute, vom Kreisstag eine Entschädigung verlangte. Der Vorsitzende sprach gegen diesen Antrag, und über den selben wurde gar nicht erst abgestimmt.

Arbeiter, Kleinbauern, merkt euch das. Für euch ist niemals etwas übrig. Im November werden aber alle diese Leute, die jetzt nichts für euch tun, wieder um eure Stimme seltschen kommen. Gebt ihnen dann die Antwort!

### Rosenberg

#### Die ober-schlesischen Kleinbauern wachen auf

Am Sonnabendabend fand eine öffentliche Kleinbauernversammlung in Widrau OS. statt. Die Kleinbauern waren sehr zahlreich erschienen. Der Landtagsabgeordnete Genosse Tunkel sprach über die wirtschaftliche Not der werktätigen Bauern. Der SPD. Genosse Belnczoch aus Rosenberg hatte kurze Zeit vorher versucht, die Kleinbauern zu rezuseln, indem er in einer öffentlichen Versammlung gegen den Genossen Tunkel mit Verleumdungen operierte. Die Kleinbauern gaben ihm die gebührende Antwort, so daß Belnczoch beinahe eine Tracht Prügel bekommen hätte, wenn er es nicht vorgezogen hätte, zu verfluchen.

Am Sonntag, dem 21. Juli, fand eine öffentliche Kleinbauernversammlung in Bogonowitz statt. An dieser Versammlung beteiligten sich Kleinbauern aus vier Orten: Kuzben, Dombrowlen, Wit- und Neu-Karmonlau und Bogonowitz. Der Besuch war ein außergewöhnlich großer. Auch hier sprach Genosse Tunkel über die Lage der Kleinbauernschaft. In diesem Ort hat der ober-schlesische Bauernverein (Zentrum) es sich zur Aufgabe gestellt, den dort bestehenden Bund schaffender Landwirte zu zerlegen. In zwei vorher abgehaltenen Versammlungen wurde der Versuch unternommen, jedoch vergeblich. An demselben Sonntage, an dem die Kleinbauernversammlung in Bogonowitz stattfand, hatte der ober-schlesische Bauernverein um 5 Uhr eine öffentliche Bauernversammlung einberufen. Die Kleinbauern gingen nach Schluß ihrer ersten Versammlung geschlossen mit dem Genossen Tunkel zu der Zentrumsversammlung. Es waren fünf Geister des Zentrums als Redner, mit ihnen der Oberlehrer des Ortes, welcher die Versammlung eröffnete. Nach einer zehn Minuten langen Rede des Referenten, welche nur Phrasen und Demagogie war, sprach Genosse Tunkel in der Diskussion eine Stunde lang. Seine Ausführungen wurden durch öfteren Beifall der Kleinbauern unterbrochen. Das Ende vom Liede war, daß der Bauernführer vom Zentrum kein Schluswort sprach und eine richtige Abschlusserklärung erhielt. Es sind dabei acht Neuaufnahmen in den Bund schaffender Landwirte gemacht worden.

Die Kleinbauern rüden mit Entrüstung vom Zentrum ab und finden aber auch den richtigen Weg, wie es diese Versammlung beweist. Kleinbauern, weiter so, gemeinsam mit der Arbeiterschaft.

### Oppeln

#### Ist das keine Korruption?

#### Stadtrat Pleß und Stadtgratlose

Bekanntlich wurde bei den letzten Wahlen für den Verwaltungsrat der Stadtgratlose trotz Protestes unserer Stadtverordnetenfraktion nicht der kommunistische vorgeschlagene Vertreter gewählt, sondern der Eisenkaufmann und Stadtrat Pleß. Man müßte nun annehmen, daß die Mitglieder dieses Ausschusses zumindest den Schein der Korrektheit und kaufmännischen Anstand wahren würden. Dies ist bei Herrn Pleß aber nicht der Fall, im Gegenteil nutzt dieser seine ihm durch das bürgerliche Stadtparlament gegebene Position für sein Geschäft weidlich aus. Gewisse Fälle haben wir schon früher genannt.

Jetzt wird uns folgender skandalöse Fall mitgeteilt: Eine Baugesellschaft erhielt, wie alle anderen Firmen, die ihr aufstehenden Zuschüsse bzw. Zwischentreibte. Diese Zuteilung ist auch Herrn Pleß als Verwaltungsratsmitglied bekannt. Nun hört der Herr, daß nicht (wie es immer der Fall war) bei ihm das teure Eisen für die Bautätigkeit gekauft wird, sondern die Baugesellschaft sich eben einen anderen Heßigen Händler ausgesucht hat. Schnell legt sich Herr Pleß an das Telefon und sagt wörtlich: „Wir bewilligen Ihnen das Geld und sie kaufen auswärtiges Eisen.“ Die Baugesellschaft, nicht faul, erwidert Herrn Pleß, durch einen glücklichen Zufall im Besitze von zwei politischen Vertretern, wer denn eigentlich „Wir“ ist. Darauf konnte Herr Pleß nicht anders erwidern als: „Nun der Magistrat.“ Auch ein anderer Fall wurde uns genannt, wo ein gewisser Druck auf einen Baufachmann ausgeübt wurde, der dann erwiderte: „Gut, ich laufe das Eisen bei Herrn Pleß, aber nur zu dem Preise, wie ich es woanders erhalte.“

#### Öffentliche Mitgliederversammlung

Freitag, den 26. Juli, findet um 19.30 Uhr im alten Schützenhaus eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Alle Parteimitglieder werden aufgefordert, zu derselben zu erscheinen. Fremde unserer Parteibewegung sind dazu eingeladen. Tagesordnung: Stellungnahme zum Grenztreffen sowie zum 1. August.

#### Die Ortsgruppenleitung

#### Unterstützungszahlung

Die Zahlung der Kleinrentenerunterstützung findet am Montag, dem 29. Juli 1929, die Zahlung der Zuschüsse an Sozialrentner Dienstag, den 30. Juli, vormittags von 9 bis 12.00 Uhr, in der Poststelle des städtischen Wohlfahrtsamtes, Waisenauer Straße, Baraden, statt.

# Die österreichischen Sozialdemokraten haben die Waffen an die Bourgeoisie ausgeliefert

## Warum ich aus der SPOe. austrat

Arbeiterkorrespondenz aus Wien

Als ich am Morgen des 15. Juli 1927 in den Betrieb kam, herrschte dort unter meinen Kollegen große Empörung. Überall standen Gruppen beisammen und diskutierten über den Freispruch des Schattendorfer Arbeitermörders, den sie in der Zeitung gelesen hatten. Rasch wurde eine Belegschaftsversammlung abgehalten und beschlossen, die Arbeit einzustellen, um zum Parlament zu ziehen. Auf dem Wege in die innere Stadt stießen wir immer wieder auf andere Züge aus den Betrieben. Schon auf dem Hinweg gab es Zusammenstöße mit der Polizei, die mit blanker Waffe auf die Arbeiter einhieb, ohne daß sie von den Arbeitern bedroht worden war. Dadurch wurde die Wut der Arbeiter erst entfacht.

Wir, die wir ja nur gegen das schändliche Klassenurteil durch Pfui-Rufe demonstrierten, waren jetzt mit unserer Ruhe

nicht rasch genug davongekommen. Auf Autos fuhren sie vom Zentrum der Stadt in die Straßen der äußeren Bezirke, in die Arbeiterbezirke Ottakring und Breitenfeld und schossen rücksichtslos, so auch immer ein paar Arbeiter beisammenstanden. Die Schießereien dauerten bis in die späte Nacht. Auch am nächsten Tage noch kam es in den äußeren Arbeiterbezirken Hütteldorf und Hernals zu schweren, blutigen Kämpfen mit den Schober-Banden.

Einige Episoden möchte ich besonders hervorheben. Bei einer Wachtube, die die Arbeiter gestürmt hatten, gingen sie bloß die Uniformen, die sie gefunden und den Polizisten abgenommen hatten, auf die Laternenpfähle und waren sonst ja höflich mit den Polizisten.

Nachmittags kam ich, als die Polizei uns verjagte, mit einem anderen Genossen ins Parlament, wo wir zur sozialdemokratischen

Fraktion gingen. Im Parlamentshofe lagen die Verletzten und schrien vor Schmerzen. Immer neue Verwundete wurden hereingebracht. Wir gingen zu den SP-Bonzen, die anwesend waren und fragten sie, warum der Schußbund keine Waffen bekommt, um dem Blüthen der Polizei entgegenzutreten. Darauf gab der Schußbundsleiter Julius Deutsch und der sozialdemokratische Bürgermeister von Wien, Selig, zur Antwort, sie müßten dies erst beraten. Wir antworteten: Zum Beraten ist jetzt nicht Zeit, jetzt heißt es rasch handeln, denn je länger gewartet wird, desto mehr Dpf fallen.

Als wir sahen, daß die sogenannten Arbeitervertreter zu feige zum Handeln sind, beschlossen einige von uns, in die äußeren Bezirke zu gehen und jedem Polizisten, den wir treffen, die Waffen zu nehmen. Dies gelang uns auch in zwei Fällen, dann mußten wir trachten, uns in Sicherheit zu bringen.

Da ich gesehen habe, wie unsere Führer die Schußbündler nicht zum Kampfe und zum Schutze der Arbeiter verwendeten, sondern feige vor dem Bürgertum ausstiffen, zog ich die Konsequenz: Ich trat aus dieser Verräterpartei aus und trat der kommunistischen Partei bei, der einzigen Partei des Klassenbewußten Proletariats!



zu Ende. Dies um so mehr, als die Polizei aus uns auch zu schließen begann. Da nahmen wir von einer in der Nähe des Parlaments befindlichen Bauhalle, wo die Straße aufgerissen war, Steine und Laternen und warfen sie gegen die toblich gewordenen Polizisten, die sich darauf zurückzogen. Gleich darauf unternahm berittene Polizei eine Attacke gegen uns. Als wir die ersten Verletzten sahen, bauten wir aus Leitern, Parkbänken und umgeworfenen Wagen Barrikaden auf, um den berittenen Polizisten ein Hindernis in den Weg zu legen.

Die Arbeiter setzten sich nun gegen die Polizisten zur Wehr und verprügelten einige von ihnen. Polizisten, die sich besonders durch ihre Brutalität „ausgezeichnet“ hatten, schickten vor der Wut der Arbeiter in den Justizpalast, der schräg hinter dem Parlamentsgebäude steht und schossen von dort auf die Arbeiter heraus. Nun machten wir uns daran, den Justizpalast zu kürnen und steckten ihn auch in Brand, um die Polizei zum Herausgehen zu zwingen.

Nach einer Zeit waren Polizisten, mit Karabinern bewaffnet, zur Verstärkung herangekommen. Sie nahmen nun die Straßen unter Gewehrfeuer und schossen auf jeden einzelnen, der

## Die kleine Dimitrowa aus Eski Djumaja

Arbeiterkorrespondenz aus Sofia

Ein Blick in unsere Arbeitsverhältnisse macht den unerschütterlichen Mut, mit dem wir bulgarischen Arbeiter jetzt unsere Streiks durchführen, verständlich. Seit sechs Jahren, seit dem schicksalhaften Putz am 9. Juni 1928, sind wir vollständige Sklaven sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht geworden.

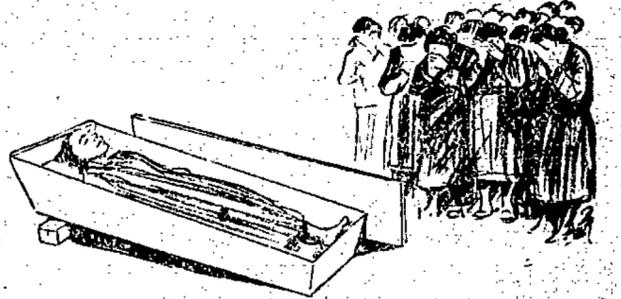
Und die Höhe dieses Sklaventums wird erreicht in der berühmten Mäntelfabrik „Tegtil („Progreß“) in Warna. 2000 Arbeiterinnen im Alter von 11 bis 17 Jahren schmachten in diesem Gefängnis. 9 1/2 Stunden-Tag. Zweijähriger Vertrag mit den Eltern. Lohn für zwei Jahre 2000 Lewa und eine Nähmaschine. Krügelstrafe, künstliche Verhinderung der Menstruation durch Medikamente, Lungenerkrankheit, Flechten am Körper, Wunden von den Webstühlen, Ungeziefer bei allen Arbeiterinnen, Ausgangsverbot, Besuch nur im Kontrollzimmer, Briefzensur.

Hunderte dieser minderjährigen Arbeiter- und Bauernmädchen sind an Lungenerkrankheit gestorben, andere Hundert liegen auf dem Sterbebett.

Eine Proletarierin, M. Dimitrowa aus Eski-Djuma, ist als 13jähriges Kind durch einen 3monatlichen Vertrag in diese Hölle gebracht worden. Seit Monaten geht sie gesundheitlich zugrunde, bis sie eines Tages zusammenbricht. Trotzdem wird sie noch vier Tage zur Arbeit gezwungen und erst dann in voller Bewußtlosigkeit ins Krankenhaus gebracht. Ihr Körper ist gänzlich mit Wunden von Ungeziefer bedeckt.

Selbst auf dem Sterbebette antwortet sie auf Fragen über die Ursachen ihrer Krankheit: „Ich fürchte, es euch zu sagen, weil mich die Bestien zu Tode prügeln werden.“

Der Senatspräsident Diaptschew antwortete auf eine diesbezügliche Parlamentsinterpellation: „Diese Fabrik ist ein



fabrikhafter Mäntelbetrieb und Schluß mit dieser Frage“. Diese Fabrik ist wirklich fabrikhaft: sie hat einen Gewinn von 50 380 000 Lewa, d. h. 200 Prozent des Kapitals nur in einem Jahre erzielt!

Und genau wie in dieser Sklavenhölle sieht es in allen Textilfabriken, in allen anderen Fabriken des Sklaventandes Bulgariens aus.

Im Auslande wird Propaganda getrieben: Im „Rosenland“ ist es billig, schön, gemächlich, alle leben dort zufrieden. Wir haben dies längst vergessen, Genossen! Ausbeutung, Armut, Gefängnisse, Faschistenparaden und nie dagewesene Blutherrschaft, das ist das Los dieser 5 Millionen weißer Sklaven.

Wie sieht die weltberühmte bulgarische „Billigkeit“ aus? Ein Brot kostet hier und in allen Großstädten 10 Lewa (vor dem Putz 4,50 Lewa), ein Kilo Mehl 10 bis 12 Lewa (6 bis 7), Fleisch 40 (16), weiße Bohnen 30 (6), Rindfleisch 28 (1), Gurken 7, 8, 10 Lewa (vor dem Putz zwei für 1 Lewa) usw. An Käse, Früchte, Butter und andere „Delikatessen“ kann keiner von uns denken. Eine Arbeiterzweizimmerwohnung kostet 1200, 1500 bis 2000 Lewa Monatsmiete. Falls etwas vom Essen übrig bleibt, wird es dem Steuereinzahler gegeben. Keiner kann auf ein volles Arbeitsjahr rechnen, jeder, der im Jahre sechs Monate arbeitet, muß schon zufrieden sein. Die Bevölkerung des landwirtschaftlichen Bulgariens hungert, das Vieh der Bauern stirbt an Futtermangel. Und nur, aber nur einzig billig ist die Arbeit und das Arbeiterblut. Billiger als je zuvor, als in keinem anderen Staat und selbst in den Kolonien.

## Deutsche Kultur in Westindien

Seemannskorrespondenzen aus Baltimore und Hamburg

I.

(Seemannskorrespondenz aus Baltimore)

Während die Verhältnisse auf einem deutschen Dampfer, gearbart für die Maxson & Ward Line, kurz schildern. Am 28. September 1928 musterte ich für SS. „Heinrich Arp“, Hamburg und stellte bald fest, daß auf diesem Sarg das Faustrecht herrschte. In der Florida-Küste wurde ich eines Nachts auf einen wider-



stehen Geßant aufmerksam, und als ich die Geschichte untersuchen ging, finde ich, daß das Salzfleisch, das auf dem Bootsdeck stand, in Verzehrung überging. Das hinderte aber unsern Alten nicht, uns das stinkige Fleisch am andern Tag zum Mittag anzubieten. Selbstverständlich hat niemand von uns vorher das verrottene Fleisch angerührt, und auf unseren Protest hin ging dieser Schweinekot am andern Tage über Bord. Solche Gemeinheit ist mir auch noch nicht vorgekommen.

Nun wurden wir mit Stöffisch und Cornedbeef gefüttert, tagein, tagaus. Es war schließlich zum Kotzen. Weder in Haiti noch in St. Domingo oder in Kuba kaufte der Alte frischen Proviant, und da keiner von den Heizern oder Matrosen organisiert war, konnte ich auch nicht viel durchblicken. So wurde das Essen immer schlechter und die Arbeit immer schwerer. Eine Eisbox gab es für uns nicht, obwohl es doch in dieser tropischen Wärme vorgeschrieben sein mußte.

Das Trinkwasser war warm und faulig, aber der Durst zwang uns, es zu genießen. Einmal die Woche bekamen wir zwei Eier zum Frühstück, aber ich hätte nie geglaubt, daß Eier so fürchterlich riechen können. Auf diesem Schiff schien ja wohl alles verrottet zu sein. Das Haserwehl sah voller Maden, so daß ich eines Mittags nicht weniger als 18 Stück aus meiner Bedeckte. So ging diese Schweinezeit die ganze Reise. Die Matrosen waren total verfaulen und die Logis voller Maden und Austerlaster, so daß wir fast die ganze Reise gezwungen waren, an Deck zu schlafen. Alle hatten wir einen

Durchfall und sechs Mann hatten einen Ausschlag am Mund, eine Art Storbub. In Baltimore angekommen, musterten wir mit alle Mann ab und suchten andere Arbeit. Wären wir aber eine organisierte Besatzung, so hätte man uns so was nicht bieten dürfen.

II.

(Seemannskorrespondenz aus Hamburg)

Wie ist so etwas nur möglich? Haben die Kollegen des Tschiffes auch nicht das geringste Gefühl mehr für Menschen-tum, daß sie sich widerstandslos eine derartige Behandlung gefallen ließen. Das ist ja schlimmer als in irgendeinem preußischen Zuchthaus. Ja, Genossen, dann ist es kein Wunder, daß bei solcher Passivität den Reedern und ihren Kapitänen immer mehr der Kamm schwillt. Genossen, bekennt euch auf eure Menschenrechte und nehmt geschlossen den Kampf dafür auf.

Und Sie, Herr Heinrich Arp, waren Sie nicht auch mit Ihrem hoffnungslosen Sprößling Hans auf dem Ball der Hamburgischen Reeder, der gegeben wurde zum Besten notleidender Seeleute! Als würdige Gentlemen tranken Sie



dort Ihren Sekt, aßen Sie Ihre „wunderbare Hühneruppe“. Das schmeckte natürlich besser als fauliges Wasser und verrottenes Salzfleisch, nicht wahr, Herr Arp! Auf Ihrem Frühlingsfest Schiß aboi auf dem Hauptdeck unter der Trußflagge gab es Sekt und nochmal Sekt, und Sekt an der Reeling, und Frau Cilly hat wohl aufgepaßt, nicht wahr, Herr Arp?

„Schiß aboi“ heißt die Parole, Trinkt Sekt zum Seemannswohle.

Im Laderraum gabs echt bairisch Bier, kredenzi von zarter Hand. Da haben Sie, Herr Arp, und Ihresgleichen mit Kennermiene geschlaucht, wofür 50 000 deutsche Seelene Tag und Nacht, Woche für Woche, Jahr für Jahr unablässig mühen müssen unter menschenunwürdigen Bedingungen und für elende Gehuern.

Herr Heinrich Arp! 18 harmlose Maden fische jener Heizer, was aus jener Suppe! Doch erst kommt der Tag, da werden die deutschen Seeleute sich andere Maden fischen.

Liebes werte Familien  
in den Städten  
zählt man nicht 16  
Menschen!

die wundervolle Arbeitserleichterung die in Nu die Fett- und Speisereste vom Geschirr fortspült die alles mit herrlichem Glanz zurückläßt in Ihrem Haushalt nicht fehlen! ist zugleich ein ideales Reinigungsmittel für alle stark beschmutzten Gegenstände aus Glas, Porzellan, Metall, Stein, Fliesen, Marmor, Holz usw. ist so ergebig, daß Sie nur 1 Eimer auf 10 Liter heißes Wasser - 1 Eimer zu nehmen brauchen

Sie haben Freude am Reinigen durch

IMI

Henkel's Spül- und  
Reinigungs-Mittel

für Haus- und Küchengerät

Hergestellt in den Besten Werken